



---

---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie**

### **63. Sitzung (öffentlich)**

5. Februar 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:01 Uhr bis 17:06 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Dr. Alexander Happ

### **Verhandlungspunkt:**

**Die schwarz-grüne Halbzeitbilanz ist vor allem eine wirtschaftspolitische  
Schadensbilanz – Wirtschafts- und Strukturkrise in Nordrhein-Westfalen –  
Jetzt NRW-Agenda für Wachstum und Fortschritt beschließen**

**3**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/11598

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

\* \* \*



**Die schwarz-grüne Halbzeitbilanz ist vor allem eine wirtschaftspolitische Schadensbilanz – Wirtschafts- und Strukturkrise in Nordrhein-Westfalen – Jetzt NRW-Agenda für Wachstum und Fortschritt beschließen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/11598

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 63. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Besonders begrüße ich die anwesenden Sachverständigen. Darüber hinaus begrüße ich alle Zuhörerinnen und Zuhörer einschließlich der Medienvertreterinnen und Medienvertreter.

Die Anhörung wird im Livestream übertragen.

Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses bei allen Sachverständigen für die eingereichten Stellungnahmen und die heutige Anwesenheit sehr herzlich.

Liebe Sachverständige, aus zeitlichen Gründen ist nicht vorgesehen, dass Sie die schriftlichen Stellungnahmen in einem Eingangsstatement mündlich zusammenfassen. Vielmehr gehe ich davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen die Stellungnahmen gelesen und ausgewertet haben und nun Fragen an Sie richten, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen.

Wir gehen in diesem Ausschuss wie folgt vor. In einer Fragerunde kann jede Fraktion eine Frage an einen Sachverständigen richten. Wir sammeln die Fragen, die dann in der darauffolgenden Antwortrunde durch die angesprochenen Personen beantwortet werden. Für die Beantwortung stehen jeweils maximal drei Minuten zur Verfügung. Anschließend folgt die nächste Fragerunde usw. Wir beginnen mit der antragstellenden Fraktion der FDP und machen anschließend in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen weiter, also bei CDU, SPD, Grünen und AfD.

Noch ein kurzer Hinweis meinerseits. Da die FDP-Fraktion immer für effizientes Handeln steht, habe ich heute gleich zwei Funktionen inne: Neben der Sitzungsleitung darf ich auch als Obmann für die FDP-Fraktion sprechen. Den meisten im Saal ist dieses Vorgehen schon bekannt. Ich denke, dass wir damit gut durchkommen.

**Dietmar Brockes (FDP):** Ich bedanke mich auch im Namen meiner Fraktion bei den Sachverständigen ganz herzlich dafür, dass sie heute anwesend sind und diese Anhörung bereits durch ihre schriftlichen Stellungnahmen bereichert haben.

Wir behandeln heute ein sehr wichtiges Thema. Wir alle sehen die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und dass Investitionen ausbleiben. Wir erleben, dass Tausende Stellen abgebaut werden, da insbesondere durch die Bürokratie Innovationen gelähmt werden. Deshalb ist dringendes Handeln angebracht.

Leider wird in der Diskussion der Probleme häufig nach Berlin verwiesen. Für die FDP-Fraktion ist es deshalb heute sehr wichtig, herauszuarbeiten, welche Möglichkeiten Nordrhein-Westfalen selbst hat, um das wirtschaftliche Gelingen wieder nach vorne zu bringen.

Herr Felsch, unternehmer nrw fordert in der schriftlichen Stellungnahme einen klaren wirtschaftspolitischen Kurs der Landesregierung für mehr wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode in Nordrhein-Westfalen. Können Sie umschreiben, welche konkreten Erwartungen die Unternehmen gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen haben?

**Matthias Goeken (CDU):** Auch wir als CDU-Fraktion bedanken uns bei den Sachverständigen für ihre Stellungnahmen und dafür, dass sie heute persönlich anwesend sind, um Nachfragen zu beantworten.

Wie mein Vorredner geschildert hat, bemüht die FDP in ihren Anträgen und Reden immer wieder das Oppositionsnarrativ, dass in dieser Wahlperiode bislang keine Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft ergriffen worden seien.

Demgegenüber haben Sie, Herr Dr. Hartmann, in Ihrer schriftlichen Stellungnahme eine Reihe von Vorhaben wie zum Beispiel die Einführung der Meisterprämie oder die Fachkräfteoffensive positiv bewertet. Hierdurch sind Maßnahmen zur Bewältigung der strukturellen Herausforderungen im Mittelstand und vor allen Dingen – das darf man nicht außer Acht lassen – zur Bewältigung des Fachkräftemangels und des Nachwuchsmangels ergriffen worden. Bitte ordnen Sie die Wirtschaftspolitik der Landesregierungen in der ersten Hälfte der Legislatur ein.

**André Stinka (SPD):** Vielen Dank auch von unserer Seite. Vielen Dank, dass wir heute über ein für das Bundesland wichtiges Thema sprechen und uns austauschen können.

Herr Kemna, im Antrag der FDP-Fraktion wird ein Gegensatz von grüner Transformation und wirtschaftlichem Wachstum ausgemacht. Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme deutlich gemacht, dass Sie das zum Teil nicht so sehen. Welche Potenziale sehen Sie für die Zukunft Nordrhein-Westfalens? Wo kann das Land besser werden?

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Liebe Sachverständige, vielen Dank, dass Sie heute hier sind, und vielen Dank auch für die spannenden, abwechslungsreichen und alle sehr hilfreichen Stellungnahmen zu dem Themenkomplex.

Die vom Kollegen Stinka gestellte Frage kann ich mir dementsprechend sparen; ähnlich hätten wir es auch formuliert. Die Stoßrichtung ist ähnlich.

Professor Bogumil, können Sie den Ablauf und insbesondere die Vorteile der Praxischecks darstellen, die gerade im MWIKE dazu führen, dass erst gar keine Bürokratie aufgebaut wird? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang diese zusätzlichen Checks im Beschleunigungs- und Entlastungspaket der Landesregierung? Welche Auswirkungen können diese bei zeitnaher Umsetzung entfalten?

**Christian Loose (AfD):** Wir verlieren in Deutschland aktuell jeden Monat 10.000 bis 15.000 Industriearbeitsplätze, so liest man, und NRW ist nun einmal industriell geprägt.

Ich habe mir heute Morgen zur Vorbereitung die BDEW-Strompreisanalyse angeschaut. Demnach hat die Großindustrie im Jahr 2007 etwa 7 Cent pro kWh bezahlt. Wenn ich von der Großindustrie spreche, dann meine ich damit die energieintensive Industrie, die von nahezu allen sonstigen Dingen immer befreit war. Der Preis sank bis zum Jahr 2020 sogar auf 5 bis 6 Cent. Aktuell liegen wir bei der energieintensiven Industrie bei 16 Cent. Das sind also gute 10 Cent pro kWh mehr.

Herr Felsch, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass unternehmer nrw die Transformation unterstützt. Die Transformation führt nun zu etwa 10 Cent höheren Strompreisen. Das gilt im Übrigen auch für die mittelständische Industrie, da bewegen sich die Preise nur insgesamt auf einem höheren Niveau. Sie fordern in Ihrem Gutachten wettbewerbsfähige Energiepreise. Als Verband begrüßen Sie die Transformation. Sind denn auch alle Unternehmen in Ihrem Verband bereit, dauerhaft diese höheren Strompreise von zusätzlich gut 10 Cent pro kWh zu bezahlen und damit die Transformation zu unterstützen?

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Das war die erste Fragerunde. Herr Felsch wurde zweimal angesprochen und hat daher maximal sechs Minuten Zeit, um die Fragen zu beantworten.

**Alexander Felsch (unternehmer nrw):** Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion fragte danach, welche Erwartungen die Unternehmen konkret gegenüber dem Land hätten.

Eine kurze Vorbemerkung. Die erste Halbzeit war mit dem Ausbruch des Angriffskriegs gegen die Ukraine und allem, was daraus folgt, eine extrem herausfordernde Zeit. Wirtschaftspolitisch betrachtet sind in dieser ersten Hälfte keine wesentlichen Zusatzbelastungen hinzugekommen. Das ist ein Unterschied zu der einen oder anderen Legislaturperiode, die wir erlebt haben.

Weil die Zeiten so extrem herausfordernd sind, müssen wir nach vorne heraus aber natürlich schauen, dass wir wettbewerbsfähiger werden, und zwar nicht nur international – da ohnehin –, sondern auch im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Das treibt uns an, und damit sollte sich das Land auseinandersetzen. Das haben wir auch in unserer Halbzeit-Presskonferenz im Oktober 2024 vorgestellt und mit einem Papier hinterlegt.

Der wichtigste Punkt und die konkrete Erwartung aus unserer Sicht ist, dass bei der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und dem Abbau von Bürokratie deutliche Fortschritte gemacht werden. Das bleibt bisher aus. Wir wissen von einem Paket aus Dezember, das im Rahmen einer Pressemitteilung vorgestellt wurde. Es ist noch nicht in der Umsetzung. Mir ist keine Initiative bekannt, wonach es in den Landtag eingebracht worden ist. Das muss verstetigt werden.

Sie haben gefragt, wo die konkreten Ansatzpunkte sind. Sie sind überall dort, wo wir über Bundesrecht hinauschießen. Damit sind wir beim Landesnaturschutzgesetz. Die

Punkte, die aus der Pressemitteilung und aus all dem, was bekannt geworden ist, entnommen werden können, sind eben nicht die Punkte, die wir seit Jahren vortragen. So ist bei Vorkaufsklagen und Beteiligungsrechten von anerkannten Naturschutzvereinigungen, die zu Verzögerungen führen, keine Beschleunigung geplant. Bei diesem Punkt besteht Nachholbedarf im Rahmen weiterer Pakete.

Der nächste Punkt, der auf das Land zukommt und bei dem das Land gegenüber den anderen Bundesländern unter Zusatzdruck steht, ist die Umstellung der Backup-Kapazitäten. Durch den nach Ausbruch des Kriegs gegen die Ukraine erfolgten Beschluss des Braunkohleausstiegs im Jahr 2030 steht Nordrhein-Westfalen unter besonderem Druck; dem Land stehen weniger Jahre zur Verfügung als anderen Bundesländern. Die konkrete Erwartung lautet, dass in den Bezirksregierungen Kapazitäten geschaffen werden, sobald der Rahmen vom Bund steht, um das umzusetzen.

Der nächste wesentliche Punkt betrifft die Infrastruktur. Sie muss mit Tempo erhalten und dort, wo nötig – das gilt gerade bei Lückenschlüssen –, ausgebaut werden, wie es zu einem wichtigen Industrieland im Herzen Westeuropas passt. – Das sind überblicksartig die Felder, in denen aus unserer Sicht besonderer Handlungsbedarf besteht.

Zu dieser Frage abschließend: Es darf keine weiteren Zusatzbelastungen geben. Denken Sie an das Tarifreuegesetz; es steht auch im Koalitionsvertrag. Das wäre keine schlanke Umsetzung von Bundesrecht und ein langfristiger Abbau, sondern es würde zu Zusatzbelastungen führen, die es in der jetzigen Zeit zu vermeiden gilt.

Herr Loose, ja, wir bekennen uns zu den Transformationszielen, weil es langfristig dazu weltweit keine ... Wenn Sie die Pariser Klimaschutzziele ernst nehmen, können wir als Weltgemeinschaft nicht in der Art und Weise weitermachen, wie wir das bisher getan haben. Ansonsten werden das 1,5-Grad-Ziel und weitere Ziele jenseits dessen, also auch ein 2-Grad-Ziel, nicht erreicht werden können.

Wichtig ist, dass diese Ziele so erreicht werden, dass wir dabei wettbewerbsfähig bleiben. Das heißt konkret bezogen auf die von Ihnen angesprochene Energiewende, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und der begleitende Aufbau neuerer konventioneller Erzeugungskapazitäten, also wasserstofffähiger Gaskraftwerke, kostenoptimal passiert. Das ist die Aufgabe. Das betrifft auch den Ausbau der Netze, bei dem nicht überall noch Zusatzaufgaben bzw. Gold-Plating stattfinden dürfen, wodurch die Maßnahmen deutlich verteuert werden. Wichtig ist außerdem, dass wir durch die Umsetzung der Maßnahmen unsere Position im internationalen Wettbewerb halten oder stärken können. Nur dann werden andere Wirtschaftsregionen uns das nachmachen.

**Dr. Florian Hartmann (Westdeutscher Handwerkskammertag):** Der Abgeordnete Goeken hat mich gebeten, die Wirtschaftspolitik der Landesregierung in der ersten Hälfte der Legislaturperiode einzuordnen. Positiv ist natürlich, dass es eine Landesregierung gibt – das ist heutzutage leider nicht selbstverständlich –, die nach unserer Wahrnehmung gut und geräuschlos zusammenarbeitet. Die Landesregierung hat auch ein offenes Ohr für das Handwerk, wie das im Übrigen auch Landesregierungen vor ihr hatten.

Wirtschaftspolitik ressortiert nicht nur im Wirtschaftsministerium. Relevant sind neben dem MWIKE auch das MAGS, das MHKBD usw. Wir haben den Eindruck, dass zahlreiche Herausforderungen angegangen werden – sei es die Fachkräftesicherung, dass sich das Land gemeinsam mit uns auf den Weg macht, weiter qualifizierte Zuwanderung zu ermöglichen, oder dass wir dabei sind, die Finanzierung der Berufsbildungsstätten auskömmlich zu gestalten.

Aus Sicht des Handwerks ist auch immer die kleine Bauvorlageberechtigung zu nennen, die in der ersten Hälfte der Legislaturperiode eingeführt wurde. Das ist nicht nur ein Beitrag, um Baukosten zu senken, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.

Wir sehen, dass in der Digitalisierung der Verwaltung – das ist für unsere Mitgliedsbetriebe auch sehr wichtig – neuer Zug drin ist. Außerdem sehen wir – ich verweise auf die gerade angesprochene Landespressekonferenz –, dass in den geförderten Wohnungsbau bis zum Jahr 2027 10,5 Milliarden Euro gegeben werden. Dieses Geld wird durch unsere Mitgliedsbetriebe verbaut werden.

Ich nenne aber auch drei Dinge, bei denen unserer Auffassung nach noch Luft nach oben ist. Das sind drei Dinge, die auch in dem FDP-Antrag benannt werden.

Erstens: Bürokratieabbau. Mehr sage ich an dieser Stelle nicht; ich glaube, wir werden heute noch vielfach darauf zurückkommen.

Zweitens: Grundsteuer. Wir alle, seien wir Privateigentümer oder Gewerbetreibende, haben die Grundsteuerbescheide bekommen, und ich kann mir vorstellen, dass viele von uns mit den Ohren geschlackert haben. Auch bei der Grunderwerbsteuer muss etwas passieren. Wenn wir die Baukonjunktur ankurbeln wollen, dann muss Bauen günstiger werden. Über die Grunderwerbsteuer kann hierzu ein Beitrag geleistet werden.

Drittens: Infrastruktur. Wir würden uns freuen, wenn es bei diesem Thema noch zügiger voranginge. Wir haben über die Clearingstelle Mittelstand mit den Kollegen hier am Tisch Vorschläge gemacht.

**Jörg Kemna (Business Metropole Ruhr):** Herr Stinka fragte nach dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und grüner Transformation bzw. danach, ob sich das ausschließe. Ich kann an meinen Vorredner von unternehmer nrw anknüpfen, was die Notwendigkeit der grünen Transformation anbelangt, die wohl auch von der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen anerkannt wird.

Ich sehe – um einen weiteren Aspekt anzusprechen – mit Blick auf die Zahlen auch keinen Widerspruch. Die Bruttowertschöpfung der Branche „Umweltwirtschaft“ ist in den Jahren von 2020 bis 2023 um 2,9 Milliarden Euro gestiegen; jährlich sind ca. 21.600 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen worden. Das sind Zukunftswachstumsmärkte – das gilt insbesondere, da es andere Industriezweige in der aktuellen Situation schwerer haben –, in denen wirtschaftliches Wachstum, aber auch das Schaffen von Arbeitsplätzen zukünftig noch möglich sein werden. In diesen Zukunftsmärkten hat Nordrhein-Westfalen auf dem nationalen, aber auch auf dem internationalen Parkett eine Chance, im Land erfolgende Spitzenforschung zum Beispiel im Bereich der Wasserstofftechnologien, aber auch hinsichtlich der Herstellung von Produktionsgütern etwa

im Bereich der Elektrolyseure in Wert zu setzen und dementsprechend auch zukünftig einen Wachstumsmarkt zu gewährleisten.

**Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum):** Ich wurde zur Bedeutung von Praxischecks gefragt. Um das in einen Zusammenhang zu bringen – vielleicht erinnern sich die meisten daran –: Vor ziemlich genau einem Jahr saßen wir alle bis auf Herrn Kemna hier und haben sehr lange über Bürokratieabbau geredet. Eigentlich waren wir uns bei vielen Punkten ziemlich einig; es bestand eine hohe Einigkeit.

Damals habe ich gesagt, es gebe dieses neue Instrument des Praxischecks, und habe auf das Bundeswirtschaftsministerium verwiesen. Um die Landesregierung einmal zu loben: Ich bin froh, dass auch sie angefangen hat, dieses Instrument zu nutzen – zunächst im MWIKE, allerdings sind weitere Praxischecks geplant.

Warum brauche ich die? Herr Matzoll, es stimmt nicht ganz, dass überhaupt keine Bürokratie erzeugt wird; mit jeder Regelung wird Bürokratie erzeugt. Es kommt eher darauf an, dass sie so ist, dass man damit leben bzw. umgehen kann. Die Praxischecks sind eine Innovation, die man nicht überall einsetzen kann, aber durchaus einsetzen sollte.

In der Regel wird in den Ministerien unter Juristen versucht, irgendetwas zu regeln. Die Menschen, die das machen, denken von ihrer Ausbildung her und wie sie es regeln nicht systematisch an die Adressaten. Sie denken nicht an die Kommunalverwaltungen, die es umsetzen, und schon gar nicht an die Bürger und Unternehmen. Denn sie möchten aus ihrer fachlichen Sicht ein schönes Ziel erreichen.

Mit den Praxischecks wird nun versucht, diese betroffenen Adressaten ... In der Regel wurden bis jetzt Unternehmen und Handwerkskammern eingeladen. Zum Beispiel wurde bei den sogenannten Balkonkraftwerken gefragt: Welchen Aufwand hat das für die Bürger? – Dabei hat man festgestellt, dass es daran hakt, dass so ein blödes, kleines Balkonkraftwerk angemeldet werden muss. Nachdem ein Praxischeck gemacht wurde, hieß es: Nein, es braucht nicht angemeldet werden; das geht einfacher. – Das betrifft auch die Frage, welche Hilfe es bei der Beantragung zum Beispiel erneuerbarer Energien gibt.

Dieses Instrument, mit dem in Arbeitsgruppen entweder mit Vertretern der Unternehmen oder mit den Bürgern diese Anwendungsperspektive betrachtet und dann überlegt wird, ob es nicht besser geregelt werden kann, ist innovativ. Das sollte weitergemacht werden. Bis jetzt ist es im MWIKE einmal geschehen, ein zweiter Praxischeck steht an. Im Plan der Landesregierung steht, das weiter umzusetzen. Ich kann nur hoffen, dass das auch gemacht wird. Es ist gut, dass das von oben beschlossen wird, denn normalerweise machen Ministerien das nicht freiwillig. Insofern ist es gut, wenn darauf ein gewisser Druck lastet. Das gefällt mir gut.

Wir müssen natürlich aufpassen, für welche Themen sie genutzt werden. Nicht jedes Thema kann einem Praxischeck unterzogen werden. Aber bei den großen Sachen ist das eine gute Geschichte, und es ist schön, dass NRW jetzt auch dabei ist.

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir kommen zur zweiten Fragerunde.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Dr. Mainz, wie schätzen die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen die wirtschaftliche Lage und ihre Geschäftsaussichten im Lande ein?

**Peter Blumenrath (CDU):** Herr Dr. Mainz, wir sprachen gerade schon über das Thema „Bürokratie“. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie über das Maßnahmenpaket zum Bürokratieabbau und über das neue Board für Entlastung und Beschleunigung. Was sind Ihre Erwartungen an diese beiden Werkzeuge? Wie schätzen Sie diese Initiativen ein?

**André Stinka (SPD):** Herr Kemna, Sie haben in Ihrer Stellungnahme das Thema „Entbürokratisierung“ angeführt und weisen auf die Planung der ersten Wirtschaftskonferenz Ruhr hin. Ich bitte um Ihre Einschätzung zu dem momentanen Prozess. Wie geschieht die Einbindung der Akteure?

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Professor Bogumil, wir haben gerade über die Themen „Praxischecks“ und „Bürokratieabbau“ gesprochen. Jetzt komme ich zum Bereich „Genehmigungs- und Verfahrensbeschleunigung“. Die Landesregierung hat offensichtlich erkannt, dass Genehmigungs- und Verfahrensbeschleunigung notwendig und wichtig sind, um die Wirtschaftsfähigkeit weiterhin zu gewährleisten. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung im Bereich „Genehmigungs- und Verfahrensbeschleunigung“?

**Christian Loose (AfD):** Herr Felsch, Sie sagten gerade, dass Sie das 1,5-Grad-Ziel erreichen wollen und dass kein anderer mitmache, wenn wir das nicht schaffen. China macht im Moment nicht mit, Russland macht nicht mit, die USA machen nicht mehr mit. Das kann man als Verbandsvertreter so wollen; schließlich stehen Sie selbst als Verband ja nicht im Wettbewerb, sondern nur Ihre Unternehmen.

Wir kommen in Deutschland aus einer Zeit in den Jahren 2010 bis 2020 mit Börsenstrompreisen von 4 Cent pro kWh. Herr Felsch, ich habe Sie so verstanden, dass Sie als Verband die sogenannten Erneuerbaren, also auch die Windindustrie, ausbauen möchten. In diesem Bereich gibt es hier in NRW bis zum Jahr 2044 garantierte Vergütungen in Höhe von 9,4 Cent pro kWh, und zwar schon mit Hanglage in 600 m Höhe, also in einer recht guten Lage. Das ist bereits doppelt so viel wie der Börsenstrompreis des letzten Jahrzehnts. Hinzu kommen Netzkosten von 4 Cent pro kWh und Kosten für Backup-Kraftwerke. Sie selbst haben gerade wasserstofffähige Kraftwerke als Backup-Kraftwerke ins Spiel gebracht, bei denen mit realistischen Kosten von 15 bis 20 Cent pro kWh kalkuliert wird. Wir liegen also allein bei der Herstellung – Wind plus Wasserstoff – bei Preisen von 13 bis 20 Cent pro kWh, also dem drei- bis fünffachen des Börsenstrompreises des letzten Jahrzehnts.

Ich wiederhole deshalb meine Frage: Sind die in Ihrem Verband zusammengeschlossenen Industrieunternehmen bereit, dauerhaft diese teuren Strompreise zu bezahlen? Die Einspeisevergütung ist auf 20 Jahre bis zum Jahr 2044 fixiert. Wir sprechen also nicht über drei oder vier Jahre als Übergangszeit, sondern über 20 Jahre. Sind Ihre

Unternehmen bereit, diese teuren Strompreise zu bezahlen? Wenn nein: Wer sonst soll sie bezahlen?

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir steigen in die zweite Antwortrunde ein. Herr Dr. Mainz wurde zweimal angesprochen und hat daher für die Beantwortungen der beiden Fragen sechs Minuten Zeit.

**Dr. Matthias Mainz (IHK NRW):** Vielen Dank für die Einladung, für die Fragen und auch für die Möglichkeit, diese doch recht grundsätzliche Diskussion in diesem Ausschuss zu führen. – Herr Bogumil hat es schon angesprochen: Vor einem Jahr hatten wir schon eine Anhörung, und jetzt liegt ein Paket zum Bürokratieabbau auf dem Tisch, das wir bewerten und mit dem wir arbeiten können. Ich kann die beiden Fragen gut verbinden; es ist gut, wenn Beratung auch zu etwas führt.

Herr Bockes fragte danach, wie die konjunkturelle Lage in Nordrhein-Westfalen aussieht. Wenn Sie in die Presse gucken, dann stellen Sie fest, dass die Industrie- und Handelskammern landauf, landab gerade ihre Konjunkturumfragen vorstellen. Auch wir werden das noch in dieser Woche tun. Deswegen verzeihen Sie mir, wenn ich keine Zahlen nenne, aber doch schon so viel sagen kann, dass es weiterhin nicht gut aussieht. Das gilt für die derzeitige Lage, und auch mit Blick auf die kurzfristigen Erwartungen sehen wir eigentlich keinen Grund, optimistisch zu sein.

Erlauben Sie mir trotzdem einen etwas breiteren Blick, und auch das, ohne eine Konjunkturvorlesung halten zu wollen bzw. zu müssen. Wenn Sie sich die Charts anschauen, die wir veröffentlichen, dann sehen wir, dass der Knick in unserer Lagebeurteilung im Jahr 2018 anfängt. Zwischendurch hatten wir Corona, dann fällt alles in den Keller, aber wenn Sie, auch ohne Chartanalyst zu sein, eine Gerade darüberlegen, dann sehen Sie, dass wir quasi seit dem Jahr 2018 eine fallende Tendenz am Standort haben. Diese Tendenz deckt sich mehr oder weniger gut mit der Industrieproduktion und mit der Stimmung im Handel, letztlich also mit dem Rückgang in für uns sehr entscheidende Branchen.

Woran liegt das? Auf welche Punkte müssen wir reagieren? Im Jahr 2018 begann Donald Trumps erste Amtszeit und es gab die ersten Zölle. Damals war der Höhepunkt der Globalisierung. Zwischendurch gab es die Ukraine-Krise mit den Energiepreisen, die wir gerade schon angesprochen haben. Auf unseren Standort wirken also strukturelle Veränderungen, auf die wir uns noch nicht ausreichend eingestellt haben. Wir müssen auf den unterschiedlichen Ebenen von EU, Bund und Land deutlich mehr tun, um das zu verhindern, was wir auch schon andiskutiert haben, nämlich dass Unternehmen massenweise Leute entlassen oder den Standort infrage stellen.

In der schriftlichen Stellungnahme habe ich auch deswegen im zweiten Teil relativ breit Ansatzpunkte aufgeführt – das möchte ich an dieser Stelle oder später noch ausführen – an denen wir auf der Landesebene ansetzen können, um entweder Wachstum zu schaffen oder Belastungen zu reduzieren und den betroffenen Branchen dann bessere Chancen zu ermöglichen. Eigentlich ist der Zeitpunkt gerade auch recht gut. Wir haben eine Bundestagswahl vor der Brust; darauf fokussieren sich viele Menschen bzw. sie setzen Hoffnungen darauf, dass es im Anschluss eine handlungsfähige Bundes-

regierung gibt. Es gibt eine handlungsfähige Landesregierung in der zweiten Hälfte der Legislatur. Eigentlich ist der Zeitpunkt also wie gemacht dafür – Herr Felsch es schon gesagt, und wir haben es geschrieben –, dass man jetzt ein Aufbruchssignal für Wachstum in der Wirtschaft senden kann und sich überlegt, an welchen Punkten wachstumsseitig – Energie, Infrastrukturen, Kostenseiten haben wir schon angesprochen – man ansetzen kann, um unserem Standort Rückenwind oder zumindest weniger Gegenwind zu bescheren.

An der Stelle könnte und würde ich gerne ausführen, aber mit Blick auf die Zeit gehe ich auf die zweite Frage zur Bürokratie und zum Board ein.

Wenn ich schon beim Rückenwind bin: Bürokratie ist im Moment das Schlagwort, das in aller Munde ist, wenn gefragt wird, wie durch Vereinfachungen Handlungsfähigkeiten hergestellt werden können. Wir schauen mit großen Erwartungen und großen Hoffnungen auf das Board für Entlastung und Beschleunigung und auf die Punkte, welche die Landesregierung am 12. November erlassen hat. Wir schauen aber auch mit großer Hoffnung auf die Aktivitäten, die sie letztlich entfaltet hat, um den Pakt für Planungsbeschleunigung im Bund nicht nur anzustoßen, sondern auch umzusetzen. Wir setzen unsere Hoffnung darauf, dass sie das auch noch nach der Bundestagswahl tut, dass wir also den Pakt auch auf der Bundesebene fortführen und aus Nordrhein-Westfalen den Druck Richtung Bundesregierung erhöhen.

Wir haben zwar in der ersten Runde im Pakt für Planungsbeschleunigung einiges erreicht – das gilt insbesondere für die erneuerbaren Energien –, aber aus Industriesicht ist noch deutlich mehr möglich, was Beschleunigung angeht. Das haben wir an anderer Stelle schon einmal diskutiert.

Wichtig ist uns mit Bezug auf das Board – das haben auch meine Vorredner schon gesagt –, dass wir tatsächlich in die Umsetzung kommen. Regelungen wie „one in, one out“ diskutieren wir nicht erst seit einem Jahr; das haben wir davor auch schon diskutiert. Es wird jetzt darauf ankommen, ob man diese Regelungen auch tatsächlich umsetzt.

Auch wir sind ein großer Freund der Praxischecks. Lassen Sie mich das noch anfügen, danach höre ich auch schnell auf. Wir haben mit der Clearingstelle Mittelstand – Beteiligte sitzen hier am Tisch; wir haben das etwas anders genannt, nämlich „Werkstattgespräch“ – in den letzten zwei Jahren vier Themenbereiche angeguckt, Vorschläge konsensual mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet und so aus unserer Sicht eine gute Grundlage geschaffen, um im Vergaberecht, bei der Flächeninanspruchnahme, bei den Ersatzbauten Vorschläge auf den Tisch zu legen, auf die das Land reagieren und damit letztlich das Handeln von Unternehmen bzw. der Gesellschaft einfacher machen kann. Wir würden uns freuen, wenn wir in diesem Verfahren weitermachen können und wenn wir aus den Ergebnissen noch mehr in der Umsetzung sehen. – Zum Flächenthema kommen wir vielleicht noch in einer weiteren Runde.

**Jörg Kemna (Business Metropole Ruhr):** Ich kann nahtlos an das Thema „Bürokratieabbau“ anschließen. Das war auch Ihre Frage, und ist auch eines der Kernthemen der Wirtschaftskonferenz, die wir in diesem Jahr im Ruhrgebiet durchführen werden.

Eine Sache möchte ich noch vorweg sagen; auch Herr Bogumil hat es erwähnt. Ich glaube nicht, dass diese Regelungen aus Böswilligkeit erlassen wurden. Es gibt Logiken, die dazu führen, dass man versucht, Regelkonformität herzustellen. Letzten Endes führt das Aufeinanderschichten zu einem Overkill für die einzelnen Betroffenen und für die Wirtschaftsunternehmen im Besonderen.

Daher finde ich die Ausführungen zu Praxischecks besonders hilfreich und besonders gut. Das muss ein zentraler Baustein werden, wenn man sich dem Thema „Bürokratieabbau“ nähert. Das gilt auch für das Deutschlandtempo oder Entfesselungspakete oder wie auch immer man es nennen möchte. Es geht darum, dass nicht singulär seitens des Gesetzgebers oder demjenigen, der diese Verordnungen erlässt, im stillen Kämmerlein darüber entschieden wird, sondern dass man mit den Betroffenen, also mit denjenigen, die von diesen unterschiedlichen aufeinandergestapelten Schichten betroffen sind, in den Austausch darüber kommt, wo man zielgenau Erleichterungen schaffen will. Das werden wir versuchen.

Bei unserem Ansatz ist auch interessant – das hört man in diesem Themenkomplex relativ häufig; es ist in einem Multi-Level-Governance-Ansatz nichts Ungewöhnliches –, dass auf unterschiedliche Ebenen verwiesen wird: Dafür bin nicht ich zuständig, sondern der Bund, die Kommune, das Land oder die EU. – Deshalb versuchen wir, alle entsprechenden Ebenen einzuladen und ins Gespräch zu bringen, dabei aber gleichzeitig keine Hol- und Bringschuld-Diskussion aufkommen zu lassen, indem die Wirtschaft möglichst anhand von konkreten Beispielen benennt, wo die Knackpunkte sind. Es geht um Fragen wie: „Was sollte abgebaut werden? Wer ist dafür zuständig?“, und darum, dann den Versuch zu starten, ob sich die angesprochenen bzw. thematisierten unterschiedlichen Ebenen dann committen können, um entsprechende Erleichterungen auf den Weg zu bringen.

**Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum):** Ich wurde gefragt, ob sich bei Planungs- und Genehmigungsverfahren etwas getan hat. Das muss man differenzieren. Erste deutliche Fortschritte sehen wir im Bereich „erneuerbare Energie“. Das hat größtenteils mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021 zu tun, mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auf Bundesebene von 2022 und weiteren Sachen sowie mit Maßnahmen in bestimmten Ländern wie zum Beispiel der Einrichtung einer Taskforce der Wirtschafts-, Umwelt-, Bau- und weiterer Ministerien zum Bereich „erneuerbare Energien“. Da sieht man jetzt Fortschritte.

Anhand von Zahlen zur Windenergie kann man das relativ gut erkennen. Zur Erinnerung: In den Jahren von 2011 bis 2017 hat ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren in der Regel 14 Monate gedauert; in den Jahren von 2018 bis 2022 hat es 23 Monate gedauert. Die Dauer hat also zugenommen, und zwar bundesweit in jedem Bundesland. NRW lag immer im Durchschnitt. Wir wissen aber aus den Daten für das Jahr 2024 – zu berücksichtigen ist, dass im Jahr 2024 so viele Windenergieanlagen neu genehmigt wurden wie nie zuvor, und zwar insgesamt, glaube ich, 2.500 –, dass es über die Arbeit der Taskforce gelungen ist, die Dauer in Baden-Württemberg auf 12 Monate und in NRW auf 16 Monate zurückzudrehen. Das ist also ein Rückgang von 24 auf 16 Monate in einem Jahr.

Also muss da irgendetwas besser laufen. Das tut es aufgrund der Bundesgesetze und der Taskforce auch. Diese hat eher kleine Maßnahmen gemacht. Die hat sich verschiedenste Felder angeguckt und gefragt: Wo kann ich das Verfahren verbessern? Wo kann ich es beschleunigen? – Das ist mühsam, zeigt aber langsam Wirkung. Dort gibt es einen deutlichen Beschleunigungseffekt. Das ist sehr positiv.

Sie haben auch gefragt, ob das auf andere Bereiche übertragen werden könne. Ja, ich glaube, dass es eine gute Idee ist, in einer Taskforce verschiedenste Ministerien an einen Tisch zu holen, wenn man irgendetwas beschleunigen will. Solche Beschleunigungsgeschichten können nie aus nur einem Ministerium heraus erfolgen. Es sind immer unterschiedliche Tatbestände. Bei der Windkraft sind einerseits planungsrechtliche Fragen und andererseits umwelt- bzw. immissionsschutzrechtliche Fragen zu klären. Hinzu kommen wirtschaftliche Fragen.

Wenn aber der Wille da ist im Sinne von: „Wir gehen hier jetzt mal so richtig ran“, ... Das ist vielleicht das Gute, das wir in den letzten zwei Jahren erleben: Ich nehme überall den Willen wahr, Bürokratieabbau jetzt anders anzugehen als früher. Das ist schon eine wichtige Geschichte. Es ist auch wichtig, dass wir es immer wieder thematisieren. Der Frust darüber ist so groß, dass man sich nicht mehr dahinter verstecken kann. Es ist mühsam, aber es geht voran. Bei den anderen Verfahren kann ich es Ihnen nicht sagen, aber im Bereich der Windenergie hat sich einiges sehr positiv entwickelt.

**Alexander Felsch (unternehmer nrw):** Herr Loose, wissen Sie, was das Erfolgsgeheimnis der deutschen Industrie ist? Wir sind mit unseren Produkten so viel besser und attraktiver, dass die Preise, die wir aufrufen, auch bezahlt bekommen. Wir werden mit unserem Standard – schauen Sie aus dem Fenster, wie Nordrhein-Westfalen, wie Deutschland so ist – nie die günstigsten sein. Wir werden nicht die günstigsten Autos oder die günstigsten Kraftwerke herstellen, sondern wir müssen die besten herstellen, und das heißt in der heutigen Zeit: die effizientesten bzw. die besten Produkte, die lange halten, möglichst wenig Ressourcen brauchen und darüber das Preisniveau rechtfertigen. Das ist das Ziel. Damit sind wir lange gut gefahren.

Zum Thema „Energiepreise“. Wir müssen feststellen, dass die Energiepreise momentan nicht wettbewerbsfähig sind. Gerade in den energieintensiven Grundstoffindustrien liegen Kostenbelastungen vor, durch die sie nicht überall im internationalen Wettbewerb mithalten können. Das führt zu der Situation, wie sie jetzt ist. Deswegen setzen wir uns klar für einen Brückenstrompreis ein – das wissen Sie auch –, und zwar so lange, bis wir durch den Ausbau der Backup-Kapazitäten, der Erneuerbaren, der Netze, also die Weiterentwicklung unseres Strom- und Energiesystems, so weit sind, dass wir wieder auf dem international extrem verlässlichen und preislich wettbewerbsfähigen Niveau sind. Das muss das Ziel sein.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Von der Politik muss der Rahmen effizient und effektiv gesetzt werden, und alle Akteure müssen sich reinhängen, damit das in Rekordzeit gelingt. Für die Zeit bis dahin, bis in das Zeitalter der Erneuerbaren, braucht es einen Brückenstrompreis.

(Lachen von Christian Loose [AfD]: Also 15 Cent!)

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir kommen zur dritten Fragerunde.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Felsch, Sie haben in Ihrer Stellungnahme ein ganzes Bündel an Maßnahmen formuliert, die für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen grundlegend seien. Welche Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht in diesem Jahr Priorität haben?

**Dr. Patricia Peill (CDU):** Ich mache bei der Wettbewerbsfähigkeit weiter. Herr Dr. Hartmann, Sie haben spannenderweise von einer spezifischen Initiative des Deutschen Handwerkskammertages gesprochen, einen Wettbewerbskompass NRW zu initiieren. Welche Art von Orientierung in der Wettbewerbslandschaft stellen Sie sich vor? Wie soll der Kompass ausgestaltet sein? Was ist Ihr langfristiges Ziel damit? Gibt es in anderen Bundesländern bereits etwas Ähnliches?

**André Stinka (SPD):** Herr Dr. Hartmann, Sie haben vorhin kurz über die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung gesprochen, die auf Initiative der SPD-Fraktion auch im Landtag diskutiert wird. Allerdings steht der Prozess an einem Punkt, an dem wir relativ wenige Neuigkeiten haben. Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und auch vor dem Hintergrund, die Sichtbarkeit von vielen Handwerksunternehmen im Land zu erhöhen, das in die Öffentlichkeit zu tragen?

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Herr Kemna, Sie arbeiten in Ihrer Stellungnahme vier Kernbereiche mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung von Nordrhein-Westfalen heraus. Sie heben den Bürokratieabbau – das haben wir schon ausgiebig besprochen –, die Förderpolitik, den Wasserstoffhochlauf und die Wichtigkeit der Gewerbeflächenentwicklung hervor. Können Sie Ihre Vorschläge zur Gewerbeflächenentwicklung näher erläutern?

**Christian Loose (AfD):** Da Herr Felsch nicht beantworten will, wer es bezahlen soll und ob die Industrie bereit ist, das bis zum Jahr 2044 zu bezahlen,

(Kopfschütteln von Alexander Felsch [unternehmer nrw])

richtet sich meine nächste Frage an Herrn Mainz von der IHK. Sie sprechen die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und den CBAM an. Inwieweit sind Ihre angeschlossenen Unternehmen konkret von diesen beiden Berichtspflichten betroffen? Inwiefern erwarten Sie, dass sich die Landesregierung eventuell in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung dafür einsetzt, dass diese Regeln auf der EU-Ebene komplett gekippt werden? Es geht also nicht um irgendwelche Vereinfachungen, sondern darum, dass sie komplett gekippt werden.

Würde man NRW isoliert betrachten, wäre NRW mit Blick auf die Wirtschaftsleistung das fünftgrößte Land in der EU und hätte in Verhandlungen sicherlich ein gewisses Gewicht.

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir starten in die dritte Antwortrunde.

**Alexander Felsch (unternehmer nrw):** Zu der Frage, was im Jahr 2025 ganz oben auf die Agenda des Landes gehört. Isoliert für das Land gesehen ist der wichtigste Punkt – hierbei steht man unter massivem Druck – das Thema „Backup-Kraftwerke“ und als Land in der knappen verbleibenden Zeit bis zum beschlossenen Braunkohleausstieg im Jahr 2030 ausreichende Kapazitäten zu planen, zu genehmigen und zu errichten. Darauf weisen wir seit einigen Jahren hin, aber wir können das bisher nicht erkennen.

Man muss auch beachten, wie sehr sich das bündelt. Wir sprechen ausschließlich von Bestandsstandorten von Kraftwerken, also überwiegend vom Rheinischen Revier, und damit prasselt das auf ein bis zwei Bezirksregierungen ein. Das sind ultrakomplexe Verfahren. Sobald der Bund über die Kraftwerksstrategie den Rahmen gesetzt hat, ist alles, was danach folgt, Aufgabe des Landes und der nachgeordneten Behörden. Deswegen setze ich ein großes Ausrufezeichen hinter dieses Arbeitspaket. Dafür sollten in diesem Jahr unbedingt sehr viele Kapazitäten verwendet werden – wir sind schon spät bis zu spät dran –, damit uns das in der knappen verbleibenden Zeit bestmöglich gelingt.

Der zweite Punkt ist das Vorankommen bei der konsequenten Eins-zu-eins-Umsetzung von EU- und Bundesrecht im Bestand. Mit Blick auf die Zeit nenne ich nur noch einmal das Stichwort „Landesnaturenschutzgesetz“. Es gibt aber auch noch andere Themen, bei denen wir vom Bundesrecht abweichen.

Der dritte Punkt betrifft das Thema „Straßeninfrastruktur“. Es geht darum, dass die Investitionen wieder verstetigt werden und dass man in der Umsetzung in dem Maße vorankommt, wie es angesichts des schlechten Zustands unserer Infrastruktur notwendig ist.

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Herr Dr. Hartmann hat für zwei Antworten sechs Minuten Zeit.

**Dr. Florian Hartmann (Westdeutscher Handwerkskammertag):** Ich fange mit der Frage der CDU an. Wir haben in unserer schriftlichen Stellungnahme in der Tat den Begriff „Wettbewerbskompass NRW“ verwendet bzw. einen solchen angeregt. Was haben wir damit im Sinn? Sie werden es wahrscheinlich gelesen haben: Am 29. Januar 2025 hat die EU-Kommission einen sogenannten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit veröffentlicht. Dieser geht auf einen Bericht des vormaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Draghi zurück, der sich angeschaut hat, wie wettbewerbsfähig die Europäische Union ist. Sein Ergebnis war ernüchternd. Er ist da aber nicht stehengeblieben, sondern schlägt verschiedenste Maßnahmen vor, die er auch priorisiert.

Frau Abgeordnete Dr. Peill, das Handwerk ist zwar schnell, aber wir haben uns seit dem 29. Januar natürlich noch keinen Wettbewerbskompass für NRW insgesamt überlegt. Für uns könnte aber das Folgende ein Vorbild sein. Die Kommission hat sich mit diesem Kompass eine Richtung gegeben und trifft dadurch auch Entscheidungen in

Zielkonflikten wie: Was gewichten wir höher, Wettbewerbsfähigkeit oder Klimaschutz? Wie geht es mit dem Bürokratieabbau weiter? – Man hat sich also ein Zukunftsbild gemacht, das man jetzt weiterverfolgen möchte. Ich glaube, auch wir in Nordrhein-Westfalen können uns das zum Vorbild nehmen, dadurch eine Richtung haben – Stichwort „Kompass“ – und schauen, wie wir Maßnahmen noch besser bündeln können.

Ich komme wieder auf den Bürokratieabbau zu sprechen. Herr Professor Bogumil hat gesagt, und ich teile das absolut, dass man schon den Eindruck hat, dass Zug dahinter ist und dass jetzt etwas passiert. Klar ist, dass immer noch mehr passieren könnte; jedenfalls uns fällt auf, dass viele lobenswerte Initiativen noch zu sehr nebeneinanderher laufen. Ich nenne ein Beispiel.

Es gibt die Clearingstelle und jetzt auch ein sogenanntes Board für Entlastung und Beschleunigung. Das ist sicherlich nicht verkehrt, aber die Frage lautet, warum wir das nicht bündeln können. Es geht nicht darum, dem Board oder der Clearingstelle irgend etwas wegzunehmen, sondern darum, dass wir alle gute Ideen haben. Lasst nicht viele verschiedene Grüppchen tagen, sondern lasst uns das bündeln. Das ist ein Lehrer bzw. ein Vorbild, das ich aus dem EU-Wettbewerbskompass für Nordrhein-Westfalen herausziehe. Vieles ist schon da. Es geht darum, das zu bündeln und sich eine gemeinsame Richtung zu geben: Wo wollen wir eigentlich hin?

Zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Auf den ersten Blick ist das eine akademische Diskussion. Würde die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung in der Landesverfassung oder in einem einfachen Gesetz verankert, gäbe es am nächsten Tag noch keine Fachkraft mehr. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass das einen durchgreifenden Wandel im Mindset bewirken würde und dass man dann top-down nach unten geht und schaut: Wenn akademische und berufliche Bildung gleichwertig ist, was heißt das dann konkret zum Beispiel für die Bildungsstätten des Handwerks und wie sie im Vergleich zu universitären Bildungsstätten aussehen?

Noch einmal: Es soll niemandem etwas weggenommen werden. Es geht einfach um Gleichbehandlung und darum, wie berufliche Bildung in der Schule, insbesondere im Gymnasium, vorkommt, bis hin zu der Frage, wie Lehrkräfte bezahlt werden. Aber Achtung: Das heißt nicht, dass das morgen gleich Hunderte Millionen Euro kosten wird. Vielmehr ist das der Einstieg bzw. der Anfang, um berufliche Bildung mindestens genauso attraktiv zu machen wie akademische Bildung.

An dieser Stelle – die Legislaturperiode ist nun weit fortgeschritten – äußere ich die Bitte an alle Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen, dass wir in dieser Legislaturperiode wenn auch vielleicht nicht zu einer Verfassungsänderung, aber doch zumindest zu einer normativen Festschreibung der Gleichwertigkeit kommen. Dadurch stände Nordrhein-Westfalen bundesweit einzigartig da, und das würde, so glaube ich, tatsächlich etwas bringen, Stichwort „Fachkräftemangel“.

**Jörg Kemna (Business Metropole Ruhr):** Sehr geehrter Herr Matzoll, Sie haben mich nach einer Konkretisierung unserer Vorschläge zum Thema „Gewerbeflächen“ gefragt. Vielen Dank für diese Frage.

Unser Vorschlag bezieht sich auf eine Problematik, die besonders in unserer Region, also im Ruhrgebiet, sehr virulent ist, die aber auch andere Landesteile betrifft. Gerade bei uns als sehr verdichteter Ballungsraum mit seiner industriellen Vorgeschichte haben wir es, was Flächenpotenziale anbelangt, überwiegend mit restriktionsbehafteten Flächen zu tun. Es gibt also Flächen, auf denen schon einmal etwas passiert ist, um es salopp zu sagen. Wir möchten diese gerne nutzen, um der wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Region weiter Raum geben zu können. Mit Blick auf die Zahlen ist das wesentlich. Wir haben uns den Zeitraum von 2012 bis 2021 angeschaut, in dem 120.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Das ist schon ein Wort, und das ist auch überproportional zu allen anderen Flächentypen, die es in der Region gibt.

Es gibt auch gesetzliche Richtlinien, was den Eingriff in den Freiraum anbelangt. Es wäre eine Alternative – allerdings haben wir auch davon relativ wenig –, grüne Fläche hinzuziehen, um diese zu überplanen, zu versiegeln und dort Gewerbe entstehen zu lassen.

Ich halte es für sehr sinnvoll, die schon verfügbaren Flächen mit einer industriellen Vorgeschichte im besten Sinne des Begriffs „Circular Economy“ wieder einer gewerblichen und industriellen Nutzung zuzuführen. Hierbei besteht aber das Problem eines Marktversagens. Die Kosten, um diese Flächen auf ein Nullniveau zu bringen, sodass dort wieder neue wirtschaftliche Tätigkeit stattfinden kann, amortisieren sich durch die aus dem Weiterverkauf dieser Flächen zu erwirtschaftenden Erlöse nicht. Diesen Gap wird der Markt nicht schließen; hier ist eine klassische Versagenssituation zu attestieren. Wenn die Revitalisierung dieser Flächenpotenziale gewünscht ist, muss die öffentliche Hand diesen Gap in irgendeiner Art und Weise schließen.

Wie könnte so etwas aussehen? Es ist nicht nur ein Problem des Ruhrgebiets. Wir haben das im Kontext des Verbandes der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften in Nordrhein-Westfalen entwickelt und der Landesregierung als Vorschlag zur Kenntnis gebracht: die Einrichtung eines revolvingierenden Flächenfonds. Dieser ermöglicht es, solche Flächen aufzukaufen, die Erlöse, nachdem diese Flächen revitalisiert worden sind, wieder einspeisen zu lassen und dann die nicht rentierlichen Kosten gebündelt zu tragen. Das ist ein zwingend notwendiges Format, weil bei vielen bestehenden Anschlussfördermöglichkeiten bezüglich des Themas „Flächensanierung“ die Voraussetzung besteht, dass die öffentliche Hand im Besitz dieser Flächen ist. Um diese Möglichkeiten also überhaupt in Anspruch nehmen zu können, muss erst einmal dafür gesorgt werden, dass die Flächen in eine wie auch immer geartete öffentliche Eigentümerschaft kommen. Über die Haushaltssituation der Kommunen im Ruhrgebiet muss ich wohl nicht weiter ausführen; dementsprechend wäre so eine Fondslösung sicherlich zielführend.

**Dr. Matthias Mainz (IHK NRW):** Herr Loose fragte nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und dem CBAM. Ich erweitere das gerne um die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die CSRD, und um den Datenschutz. Diese vier Themen nennt Ihnen im Moment jedes berichtspflichtige Unternehmen, wenn es um Bürokratie geht. Bei allen vier Themen stellen sich immer die Fragen: Warum machen wir das Ganze eigentlich? Was wollen wir damit erreichen? Wenn man bei diesen jeweils neu eingeführten

Pflichten auf den eigentlichen Grund zurückkommt, den man erreichen möchte, dann fragt man sich: Haben wir den richtigen Weg eingeschlagen? Wenn wir unser Unternehmen fragen, dann können wir auch die Entwaldung, den digitalen Produktpass und Ähnliches hinzufügen.

Damit sind wir bei einer Frage, den in der heutigen Diskussion schon aufgekommen ist: Warum laufen unterschiedliche Ressorts mit dem gleichen Ziel los und kommen zu Berichtspflichten, die sich ähneln, aber nicht decken? Die erste Bitte lautet – nicht Bitte; das ist zwingend erforderlich –, dass wir diese Dinge übereinanderlegen. Wir müssen schauen, wie wir das mit dem angestrebten zu erreichenden Ziel übereinanderlegen, ohne aus einem Ziel vier Pflichten oder gar sich widersprechende Pflichten zu machen.

Das haben wir über die Bundesorganisationen, aber auch im Land und in den einzelnen Kammern schon seit Jahren von uns hergetragen und gesagt, dass wir gerade diese vier Dinge anhalten müssen. Wir brauchen dafür Moratorien und müssen schauen, was davon wir tatsächlich brauchen, und ob wir nicht einzelne Aspekte davon neu aufsetzen müssen. Die Europäische Union hat das bei der CSRD gemacht und sie angehalten; es gibt ein Moratorium und ein Omnibusverfahren. Noch in diesem Monat werden die Veränderungs- bzw. Verbesserungsvorschläge kommen. Das ist aber ein Verfahren, in dem man im Galopp anfängt, Regeln wieder zu ändern.

Wenn Sie jetzt danach fragen, was unsere Unternehmen machen, dann kann ich Ihnen sagen – das ist ein Themenbereich, den ich selbst berate –: Manche Unternehmen sind sehr weit vorne. Die haben das im Prinzip in ihrem Unternehmen umgesetzt, sind sich mit ihrem Wirtschaftsprüfer einig und haben den CSRD-Bericht geschrieben, während andere noch davorstehen und sich fragen, wie sie die knapp 1.200 Datenpunkte erheben sollen und ob sie einen technischen Leiter abstellen müssen, der das macht. Die stehen vor einem bürokratischen Berg.

Mitten in einer solchen Entwicklung die Pferde zu wechseln, ist immer schwierig. Es ist aber wichtig – ich glaube, dass wir diesbezüglich auch über alle Ebenen und Fraktionen hinweg einen Konsens gefunden haben –, noch einmal zu schauen, was wir mit diesen Pflichten eigentlich erreichen wollen. Wir müssen sie letztlich anhalten.

Ich bleibe noch für einen Satz bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Danach mache ich das Thema „CBAM“ auf, und dann gestatten Sie mir noch eine Viertelstunde Redezeit.

(Heiterkeit)

Dann sind wir bei den Außenhandelsproblemen, die ich eben angeteasert habe.

Betrachten wir die CSRD. Wenn es unser Ziel ist, 2040, 2045 oder 2050 klimaneutral zu sein, dann ist es zwangsläufig notwendig, dass sich die Unternehmen auf den Weg machen und sich überlegen, wie sie das schaffen. Wenn sie mit Finanzierern sprechen, dann machen sich diese zwangsläufig heute Gedanken: Wie will das Unternehmen, das ich über 10, 15, 20 Jahre finanziere, das erreichen? – Das ist eigentlich der Sinn, der hinter der Nachhaltigkeitsberichterstattung steht: Wie kann ich mich auf diesen Weg machen?

Auf diesen Sinn muss man die Berichterstattung zurückführen. Dafür braucht es keine 1.200 Datenpunkte, sondern gerade in kleinen und kleinsten Unternehmen einen

Geschäftsführer, der eine Idee entwickelt, wie er das machen möchte. Dann sind wir bei einer deutlich reduzierten Berichterstattung. Man nennt das „Transitionspläne“ oder „Transition Plans“; das ist aber nichts anderes, als gut vorbereitet in ein Finanzierungsgespräch mit seiner Bank zu gehen.

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Sie müssen langsam zum Ende kommen.

**Dr. Matthias Mainz (IHK NRW):** Meine Bitte an die Landesregierung lautet: Beobachten Sie intensiv, was in Brüssel passiert, so lange wir keine Bundesregierung haben, die dort handeln kann, und nehmen Sie gerne die Rolle der Bundesregierung ein. Wir müssen es controlen; wir brauchen letztlich ein viel engeres Frühwarnsystem, um zu erkennen, was in der Europäischen Union funktioniert und was nicht.

Damit bin ich wieder bei den Praxischecks. Bevor wir europäische Pflichten umsetzen – das sind auch häufig Ideen aus Deutschland oder aus anderen Mitgliedsländern; es ist nicht so, dass das Europa allein erfindet –, müssen wir in unserem Land Praxischecks durchführen. Wir müssen wissen, was das für die Unternehmen im Einzelnen bedeutet. – Entschuldigung, dass ich überzogen habe.

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir haben die Halbzeit überschritten und steigen jetzt in die vierte Fragerunde ein.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Dr. Mainz, Sie heben in Ihrer Stellungnahme positiv hervor, dass der Bund-Länder-Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung in die Umsetzung gegangen ist und Forderungen von Bürokratieentlastung auch in NRW gehört worden seien, monieren aber die zu kleinteilige Umsetzung in vielen Bereichen. Können Sie uns bitte genauer erläutern und erklären, wie aus Sicht der IHK eine verglichen hiermit praktikablere Alternative mit einem tatsächlichen Aufbruchssignal in Nordrhein-Westfalen aussehen könnte?

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Herr Dr. Mainz, Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass viele Stellschrauben im Bund richtig eingestellt werden müssten. Wir stehen kurz von der Bundestagswahl, und es wurde auch schon mehrfach angesprochen, dass im Moment keine Bundesregierung da ist. Mich interessiert eine Einordnung: Wie sehr ist es von Relevanz, dass die Bundesregierung oder der Bundestag die richtigen Maßnahmen setzt? Wie ist das im Verhältnis zur Wirtschaftspolitik der Länder? Was wünschen Sie sich aus der nächsten Legislatur in Berlin?

**André Stinka (SPD):** Ich habe eine Frage an den Vertreter von Business Metropole Ruhr. Sie hatten vorhin angedeutet, dass das Thema „Wasserstoff“ insbesondere für das Ruhrgebiet eine erhebliche Rolle spiele, und zwar sowohl bei den energieintensiven Unternehmen als auch als Grundstoff. Wie sehen Sie die Umsetzung des Wasserstoffhochlaufs in Nordrhein-Westfalen? Dazu gab es vor geraumer Zeit unter anderem in einem großen Presseorgan des Ruhrgebiets den einen oder anderen negativen Bericht.

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Professor Bogumil, Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme von der Mentalität des Misstrauens bzw. der Misstrauensverwaltung, die an vielen Stellen Verfahren verlangsamt und Dinge nicht in der Art und Weise beschleunigt oder verbessert, wie es eigentlich notwendig sei. Gibt es ähnliche Erfahrungen auch in anderen Ländern? Gibt es dort einen unterschiedlichen Umgang damit und vielleicht auch damit zusammenhängende Lösungsansätze, um diesen notwendigen Mentalitätswandel herbeizuführen, damit wir sowohl bestehende wirtschaftliche als auch ökologische Herausforderungen – also solche mit Bezug auf das Klima – in der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit lösen können?

**Christian Loose (AfD):** Herr Mainz, wie erklären Sie es sich, dass wir in Deutschland monatlich 10.000 bis 15.000 Industriearbeitsplätze verlieren und Firmen ihre Werke schließen oder herunterfahren, während sie im gleichen Zug ihre Standorte im Ausland stärker auslasten? Sie fragen sicherlich auch Ihre angeschlossenen Unternehmen. Was für Gründe werden Ihnen genannt? Welche Erfahrungen haben Sie?

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Das war die vierte Fragerunde. Wir kommen nun zu der Antwortrunde, in der Sie, Herr Dr. Mainz, das große Los gezogen haben.

(Heiterkeit)

Sie haben für drei Fragen neun Minuten Zeit. Um Ihr Redezeitkonto wieder auszugleichen, müssen Sie die aber nicht vollständig nutzen.

(Heiterkeit)

**Dr. Matthias Mainz (IHK NRW):** Das, was ich eben verfrühstückt habe, muss ich wieder reinholen; Sie haben vollkommen recht. Ich habe also sieben Minuten Zeit.

Ich kann die Fragen von Herrn Untrieser und Herrn Loose zusammenfügen, weil die Frage nach den Wünschen an die neue Bundesregierung auch viel damit zu tun hat, wie wir die eben von mir beschriebene schiefe Bahn in der Konjunktur bzw. bei den Wachstumsaussichten wieder etwas begradigen können.

Ich setze direkt an dem eben schon diskutierten Punkt „Energie“ an. Herr Felsch hat dankenswerterweise schon das eine oder andere ausgeführt. Deswegen lautet der einfache Wunsch: Wir brauchen eine funktionierende Kraftwerksstrategie, und zwar so schnell wie möglich. Wenn wir Ersatzkraftwerke aufbauen möchten, dann brauchen wir eine Idee, wie diese kurz- und langfristig finanziert werden können, also sowohl die Investition als auch der Betrieb.

Die Kraftwerksstrategie ist im Dezember 2024 gescheitert. Wir wissen, dass die Kraftwerke ohne eine Kraftwerksstrategie nicht gebaut werden, und wenn das nicht passiert, dann brauchen wir eine Ersatzstrategie. Die Dunkelflauten im November und Dezember haben uns das gezeigt. Wir haben das in unserer Stellungnahme angedeutet: Das meinen wir mit „Plan B“. Wenn wir keine Versorgungssicherheit schaffen können bzw. das nicht wissen, dann müssen wir uns überlegen, wie wir sie sonst herstellen. Kapazitäten gibt es genug; die Frage lautet nur, wie lange sie laufen müssen.

Das ist der erste Wunsch, der aber natürlich weitergedacht werden kann. Wir haben Netzentgelte und Infrastrukturausbau noch nicht angesprochen. Das ist das Zweite, was der Bund aus unserer Sicht unbedingt angehen muss, um die angesprochenen Strompreise insgesamt strukturell zu senken und dadurch für die Unternehmen und gerade für die energieintensiven Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt wieder zu gewährleisten bzw. zumindest eine Tendenz in die richtige Richtung zu ermöglichen. Wir könnten auch trefflich darüber diskutieren, wie häufig die Übernahme der Netzentgelte vom Bund schon angekündigt worden ist und wann sie denn kommt. Auch das ist ein Punkt.

Allerdings kann man den Blick auch vom Bund in das Land richten; damit ist das Land nicht raus. Auch das hat Herr Felsch schon angedeutet. Wir können das natürlich vorbereiten. Wir wissen, dass wir in Nordrhein-Westfalen fünf bis sieben Gaskraftwerke brauchen, kennen im Prinzip auch die Standorte und können sie planerisch vorbereiten. Das passiert im Hintergrund. Damit direkt losgelegt werden kann, sobald eine Strategie vorhanden ist, müssen hier Fakten geschaffen werden. Das muss funktionieren.

Das Gleiche können wir beim Netzausbau machen. Auch hierbei wissen wir, dass der Ausbau der Erneuerbaren derzeit in vielen Bereichen noch schneller ablaufen könnte, wenn es einen regionalen Netzausbau gäbe und wenn wir die Kosten dafür angehen könnten. Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Fachkräfteeinwanderung. Es gibt inzwischen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz im Bund. Dazu habe ich auch in der Stellungnahme ausgeführt. Es hat bei vielen Dingen Erleichterungen gebracht, bei vielen anderen Dingen nicht. Wir wünschen uns eine Nachbesserung des Bundesgesetzes.

Bezüglich der Frage, wie wir die aus dem Ausland hierherkommenden Fachkräfte vor Ort in den Arbeitsmarkt bringen können, kann auch hier viel getan werden. Das Land ist mit der Fachkräfteoffensive unterwegs und wird Maßnahmen ergreifen, die wir begrüßen. Wir haben mit dem Netzwerk IQ schon vorgelegt, in dem wir als IHK beraten und Erfahrungen haben, die wir gerne einbringen.

Jetzt bin ich wieder bei Herrn Bogumil und den Praxischecks: Guckt euch an, was passiert und was die Unternehmen brauchen. – Diese Gespräche finden statt, und ich glaube, dass es sehr hilfreich ist, wenn das Angebot praxisnah ist und von den Unternehmen angenommen werden kann.

Außerdem kann man bei den Ausländerbehörden ansetzen; dann sind wir wieder bei den Kommunen usw. Das ließe sich fortsetzen: Bürokratie, Steuern, Finanzierung.

Ich habe sieben Minuten versprochen. Deswegen komme ich auf die Kleinteiligkeit und das Aufbruchssignal des Bund-Länder-Pakts zurück. Ich habe es eben in einem Halbsatz schon angedeutet, dass im Bund-Länder-Pakt viele Dinge des Bundes-Immissionsschutzgesetzes geregelt werden, die derzeit aus unserer Sicht noch nicht ausreichend die Transformation in der Industrie beschleunigen oder einbeziehen. Wir wünschen uns, dass der Bund-Länder-Pakt mit der gleichen Intensität fortgeführt wird. Es geht darum, dass die Diskussion zwischen dem Bund und den Bundesländern fortgeführt werden und die Erfahrungen aus den Erneuerbaren in andere Wirtschaftsbereiche transformiert. – Waren das sieben Minuten?

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Sie haben noch keine fünf Minuten erreicht.

(Nadja Lüders [SPD]: Keine Aufforderung! – Heiterkeit)

Möchten Sie noch etwas sagen?

(Dr. Matthias Mainz [IHK NRW]: Ich nehme das als Kredit für die nächste Runde!)

**Jörg Kemna (Business Metropole Ruhr):** Herr Stinka, Sie haben sich nach dem Wasserstoffmarkthochlauf und der entsprechenden Presseberichterstattung zu diesem Thema erkundigt. Ihr macht das ja auch nicht erst seit gestern, und es ist auch nicht der erste Hype-Zyklus, den man bei manchen Themen durchläuft. Gerade in der Gasmangellage ist Wasserstoff an sehr vielen Stellen als Heilsbringer gehandelt worden, und es gab auch Erwartungen, was man damit alles ganz Tolles und ganz Schnelles machen könnte. Jetzt ist es wohl wieder auf dem absteigenden Ast und man kann der Presse entnehmen, dass das alles in Bausch und Bogen nichts taugt.

Letzten Endes zeigt sich aber gerade angesichts der Tatsache, dass in der Grundstoffindustrie, in der Schwerindustrie oder auch im produzierenden Bereich viele Prozesse im Hochtemperaturbereich auch weiterhin durch die Verfeuerung von Molekülen bewerkstelligt werden müssen, dass sich nicht alle industriellen Prozesse elektrifizieren lassen. Dabei spielen auch chemische Prozesse in der Herstellung und beim Verbrennen von Molekülen eine Rolle. Daher werden diese Industrien, die wir gerne behalten möchten, auch zukünftig auf einen wie auch immer gearteten gasförmigen Brennstoff angewiesen sein. Wenn man gleichzeitig dekarbonisieren möchte, führt dementsprechend nicht viel an dem Thema „Wasserstoff“ vorbei.

NRW hat mit dem Wasserstoffimport-Konzept schon die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Letzten Endes ist es aber ein im Entstehen begriffener Energieversorgungsmarkt. Wir haben mit dem nationalen Wasserstoff-Kernnetz einen sehr großen Schritt nach vorne gemacht, aber auch dieses Autobahnnetz macht keinen Spaß, wenn es an der niederländischen Grenze mit einer Landstraße weitergeht. Wir werden die benötigten Mengen sicherlich nicht in Deutschland produzieren können, sondern auch weiterhin auf pipelinebasierte Importe angewiesen sein.

Der große Knackpunkt beim Thema Markthochlauf ist nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in Deutschland insgesamt und vor allem auch in Nordrhein-Westfalen, dass niemand abschließend sagen kann, wie hoch der Preis sein wird. Es handelt sich um ein klassisches Henne-Ei-Problem und auch um ein Problem der Verteilnetze. Mit H2Global gibt es auf der Bundesebene erste Marktindikatoren, was die Preisfindung angeht. Das betrifft aber die Lieferung über Rotterdam und hilft einem mittelständischen Unternehmer relativ wenig; er kann schlecht mit dem Lkw dahin fahren, das einpacken und dann zu sich ins Sauerland fahren. Vielmehr muss die dafür notwendige Infrastruktur stehen und dann auch auf Ebene der Verteilnetze dafür Sorge getragen werden, dass es auch bei den entsprechenden Unternehmen ankommt.

Mit „Henne-Ei-Problem“ meine ich die Preisunsicherheit. Die Netzbetreiber werden die Infrastruktur herstellen, wenn sie wissen, wie viele Abnehmer es gibt, wodurch sie wissen, wie groß sie die Infrastruktur dimensionieren müssen. Darum fragen die Netzbetreiber

die Unternehmen: „Wie viel wollt ihr abnehmen?“, dann fragen die Unternehmen: „Wie viel soll es kosten? Wann könnt ihr liefern?“, und dann dreht man sich im Kreis und es funktioniert nicht. Daher muss es Möglichkeiten geben, diesen Gap mit entsprechenden Absicherungen bzw. Bürgschaften zu schließen oder Unsicherheiten aus diesem Markt zu nehmen, um unterstützend dieses Henne-Ei-Problem zu lösen und die Energieversorgung zukünftig sicherzustellen.

**Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum):** Herr Matzoll hat zum Thema „Misstrauensverwaltung“ nachgefragt und ob es in anderen Ländern Ansätze gebe, besser damit umzugehen. Generell zu dem Begriff. Ich gebe seit zwei Jahren ständig Interviews zum Thema „Bürokratieabbau“ usw. und dazu, dass alles komplex ist. Wenn ich versuche, in einem Wort zu sagen, was unser Problem ist, dann sage ich „Misstrauensverwaltung“. Das ist typisch; das gilt für alle Bürokratien, aber in Deutschland ist sie ganz besonders ausgebreitet.

Sie beruht im Kern darauf, dass wir schon von der Ausbildung an all unseren Mitarbeitern beibringen, dass Bürger im Sozialbereich und Unternehmen im Wirtschaftsbereich eng kontrolliert werden müssen, weil sie uns betrügen und bescheißen wollen. Das ist unsere Grundauffassung. Die zweite Grundauffassung lautet: lieber zwei- oder dreimal prüfen; es könnte ja der Landesrechnungshof kommen, es könnte in der Presse stehen und Ähnliches.

Wenn wir aus dieser Nummer nicht ansatzweise rauskommen, dann wird es nichts. Das ist aber schwierig, weil es sowohl in der Ausbildung drin ist als auch, weil wir manchmal Gerechtigkeitsdebatten führen. Dann ist es scheißegal ... Dann ist es völlig egal,

(Heiterkeit)

wie aufwendig Verwaltungskontrollen sind. Sie können ruhig teurer sein als der Effekt, wenn wir meinen, dass es so ist. Deswegen ist diese Misstrauensverwaltung ein grundsätzliches Problem und eigentlich nicht nötig.

Das Gegenteil einer Misstrauensverwaltung ist keine Verwaltung, in der nicht kontrolliert wird, sondern eine, in der intelligent kontrolliert wird. Ich habe es schon letztes Jahr gesagt: Zum Beispiel in der Steuerverwaltung werden Stichproben genommen. Früher mussten wir alle Belege hinschicken. Jetzt brauchen wir keine Belege mehr, aber ab und zu, bei 5 %, wird nachgefragt. Bei gar keiner Kontrolle ist die Missbrauchsgefahr groß.

Warum sind bestimmte Anträge so kompliziert? Weil alles berücksichtigt werden muss. Wir müssen mehr in die Richtung gehen, nur ab und zu etwas zu kontrollieren. Ein schönes Beispiel dafür ist ausgerechnet Italien, das nicht gerade unbürokratisch ist. Dort hat man im Bereich der Nachweispflichten von Bürgern ein neues Instrument eingeführt: Der Bürger unterschreibt, dass er diese Urkunde hat. Das glauben wir ihm, und wir kontrollieren es ab und zu. – Wenn es nicht stimmt, dann wird er richtig bestraft; es gibt hohe Strafen.

Dadurch hört es auf, dass ständig all die Nachweise, von denen jeder weiß, dass wir sie haben, hin und her verschickt werden. Jeder von uns hat einen Personalausweis.

Trotzdem müssen wir für manche Sachen unsere Geburtsurkunde abliefern, und das auch noch beglaubigt. Die gleiche Nummer haben wir im Unternehmensbereich.

Es geht darum, das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass wir von dieser Kontrolle wegkommen müssen. Das ist der Kern der Bürokratie in Deutschland. Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir in diese Richtung gehen. Dabei müssen wir aber bereit sein, dass ein, zwei Personen mehr kriegen als andere. Das kann dann mal sein. Dann sind wir nicht immer zu 100 % einzelfallgerecht, aber wir würden den gesamten Aufwand für alle drastisch reduzieren. Das ist der Kern unseres Problems. Wir sind durch unsere sehr stark preußisch konstituierte Verwaltung und durch eine Juristendominanz besonders intensiv in der Misstrauensverwaltung. Andere Länder sind da etwas gelassener. Wir sollten versuchen, in diese Richtung zu gehen.

(Beifall von Matthias Goeken [CDU])

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir steigen in die fünfte Fragerunde ein.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Felsch, Bedingung für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung ist ein dafür passendes Flächenangebot. Wir werden voraussichtlich in diesem Jahr einen neuen Landesentwicklungsplan beraten. Wie kann dabei aus Ihrer Sicht eine bedarfsgerechte und wachstumsfreundliche Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen gewährleistet werden?

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Wir kommen in unserer Schlussrunde zu einer Wünsch-dir-was-Frage.

(Heiterkeit)

Herr Felsch, was wünschen Sie sich für die nächsten zweieinhalb Jahre der Koalition in Nordrhein-Westfalen konkret?

**André Stinka (SPD):** Für die SPD-Fraktion typisch stelle ich keine Wünsch-dir-was-Frage, sondern es geht um konkrete, harte Politik.

(Heiterkeit – Peter Blumenrath [CDU]: Oh! – Dr. Christian Untrieser [CDU]:  
Kennt man von Ihnen gar nicht! – Matthias Goeken [CDU]: Karneval!)

– Mit Karneval und Münsterland müssen Sie mir nicht kommen.

(Heiterkeit)

Mit seltsamen Anträgen zu irgendwelchen Dingen kennt sich die CDU besser aus.

Herr Kemna, Sie haben in Ihrer Stellungnahme dargestellt, dass gerade bei der Förderpolitik der Mittelabfluss häufig zu gering sei. Wie hat sich das in den letzten Jahren entwickelt? Wo sehen Sie die größten Hemmnisse?

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Das „Wünsch-dir-was“ der SPD werden wir dann wahrscheinlich im nächsten Plenum wieder erleben – schauen wir mal –,

(André Stinka [SPD]: Wir hatten das nicht! Das war Ihr Koalitionspartner!  
Ich will das nur fürs Protokoll festhalten! – Heiterkeit)

und Karneval im Münsterland kann ich nur empfehlen; da gibt es einiges.

Professor Bogumil, Sie haben eben die Taskforce zum Thema „Windenergie“ angesprochen und dass das ein erfolgreiches Beispiel sei, wie man vorankommen könne. Wie können die positiven Effekte bzw. Erfahrungen der Taskforce auf andere Bereiche übertragen werden? Gibt es vergleichbare Fälle, vielleicht auch in anderen Themenbereichen als der Windenergie, in anderen Bundesländern? Was lässt sich aus den Erfahrungen der Taskforce lernen bzw. mitnehmen? Das gilt sowohl für andere Bundesländer im Bereich der Windenergie, aber vor allem für NRW in anderen Bereichen.

**Christian Loose (AfD):** Herr Dr. Mainz – zunächst einmal Entschuldigung dafür, dass ich zweimal den Doktor unterschlagen habe –, Sie haben gerade gesagt, dass Sie eine Finanzierung von Backup-Kraftwerken sowohl hinsichtlich der Investitionskosten als auch der Betriebskosten fordern und sich auch die Übernahme der Netzentgelte durch den Bund wünschen.

Für mich stellt sich die Finanzierungsfrage. Das ließe sich über eine massive Neuverschuldung oder über höhere Steuern finanzieren. Sind Ihre Unternehmen bereit, höhere Steuern zu zahlen, um diese Kraftwerksstrategie zu finanzieren, oder wie stellen Sie sich das Ganze vor?

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir starten in die fünfte Antwortrunde. Herrn Felsch wurden zwei Fragen gestellt. Er hat daher für die Beantwortung sechs Minuten Zeit.

**Alexander Felsch (unternehmer nrw):** Zum Thema „Flächenangebot“. Worauf kommt es an? Was kann das Land selbst konkret tun? Der wichtigste bzw. ureigenste Punkt des Landes, bei dem auch Entwicklungsarbeit dahintersteckt, betrifft Großflächen. Es geht darum, diese landesweit so weit zu entwickeln und planerische, aber auch eigentumsrechtliche Fragen zu klären sowie Vorplanungen vorzunehmen, dass sie bei einer sich wieder beschleunigenden Konjunktur zur Verfügung stehen und genutzt werden können. Das Beispiel Microsoft zeigt, dass es noch Großansiedlungen in wichtigen Bereichen gibt. Die werden uns aber nur gelingen, wenn wir auch ausreichend Flächen haben. Herr Kemna könnte lange davon erzählen, wie wichtig das ist. Wir müssen aber feststellen, dass das momentan landesweit ein Problem ist. Es gibt viele theoretisch geeignete Flächen, die aber nicht so weit sind, dass sie in einer für einen Investor interessanten Zeit, also in maximal zwei, drei Jahren, genutzt werden können.

Ein Positivbeispiel – um nicht nur ein Klageglied anzustimmen – ist die Nachnutzung des Opel-Geländes. Die Geschwindigkeit, mit der die Rekultivierung und Nachnutzung dieses Geländes erreicht worden ist, muss uns noch an viel mehr Stellen im Land gelingen.

Außerdem müssen jenseits der Großflächen bedarfsgerechte Flächen bereitgestellt werden. Ein Teil der Transformation ist auch, dass wir in neuen Produktionsverfahren unterwegs sein müssen. Das wird nicht alles durch die Anpassung bestehender Anlagen gelingen. Wir können aber nicht die alten Anlagen abbauen, zwei Jahre nicht produzieren

und dann mit neuen Anlagen losziehen. Das funktioniert so nicht. Wir brauchen für eine gewisse Zeit an einigen Stellen zusätzliche Flächen, um die gleiche Wertschöpfung zu erhalten und um sie zukunftsfähig zu machen. Darauf muss es Antworten geben.

Auch die Auflösung der Flächenkonkurrenz insbesondere zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energien, der Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen und dem Flächenausgleich ist sehr wichtig. Man muss beim Flächenausgleich also möglichst intelligent vorankommen – „intelligent“ heißt: Qualität vor Quantität –, zum Beispiel mit Punktesystemen, und das viel breiter in die Anwendung bringen. Der Instrumentenkasten ist an einigen Stellen schon ganz gut gefüllt, aber nach dem, was wir aus der Praxis hören, wird er kommunal und überregional noch zu wenig genutzt.

Es gibt noch Potenziale und konkrete zu klärende Fragen beim Ausbau der Erneuerbaren, zum Beispiel bei einer Floating-PV-Anlage und dem See, auf dem das große Solarfeld schwimmt. Ist das eine Energieerzeugungsanlage, oder ist das weiterhin eine Wasserfläche? Solche Fragen müssen wir klären. Wenn es eine Energieerzeugungsanlage ist, dann handelt es sich um zusätzlichen Flächenverbrauch, der ausgeglichen werden muss, und das will niemand.

Das sind unsere sehr konkreten Erwartungen an die Novelle des Landesentwicklungsplans. Hierbei besteht Zeitdruck, denn Änderungsverfahren zum Landesentwicklungsplan dauern lange und sind komplex. Das muss bald passieren, damit das noch in dieser Legislaturperiode in die Zielgerade einbiegt.

Zur zweiten Frage – ich interpretiere es so, dass Weihnachten in diesem Jahr in den Februar fällt –, der Wunsch-dir-was-Frage. Was muss in den nächsten zwei Jahren passieren? Ich beantworte sie konkret und werbe noch einmal für die wesentlichen Punkte.

Es geht vor allem um Beschleunigung. Wir müssen bei der Entbürokratisierung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in der Umsetzung deutlich schneller und deutlich besser werden. Das erste Beschleunigungs- und Entlastungspaket muss umgesetzt werden. Wenn die Landesregierung vom ersten Paket spricht, dann lautet unsere Erwartung, dass es auch ein zweites und ein drittes gibt und dass daraus eine Entwicklung gemacht wird, um dem Anspruch bzw. dem, was sich die Koalition im Koalitionsvertrag vorgenommen hat – die pragmatischste Umsetzung von Regelungen aller Bundesländer –, auch gerecht zu werden.

Außerdem gehört das Thema „Infrastruktur“ auf die Agenda.

Als dritten Punkt nenne ich noch einmal die Planung, Genehmigung und Errichtung der notwendigen Backup-Kraftwerke. Wir müssen bei diesem Thema das Tempo finden, das es braucht, um den vom Land selbst beschlossenen Braunkohleausstieg im Jahr 2030 bei Erhalt der Versorgungssicherheit realisieren zu können.

**Jörg Kemna (Business Metropole Ruhr):** Herr Stinka fragte nach der Fördermittelinanspruchnahme. Das bezieht sich insbesondere auf die GRW-Förderung. Bei uns in der Region hat die zweite jährlich stattfindende Transformationskonferenz des BMWK stattgefunden, auf welcher der Gleichwertigkeitsbericht vorgestellt worden ist, in dem eben dieser im Grundgesetz formulierter Anspruch untersucht wird; hierfür steht die GRW-Förderung als Mittel zur Verfügung. Anhand der Zahlen in dem Bericht wird gezeigt,

dass Kommunen in Nordrhein-Westfalen pro Kopf gerechnet unterdurchschnittlich an diesen Fördermitteln partizipieren. Der Bund war über diese Tatsache sehr erstaunt.

Dort wurde auch genannt, dass diese Mittel anscheinend regelmäßig zurückgegeben und dann in anderen Ländern verausgabt werden. Nageln Sie mich nicht auf die Zahl fest, aber es ist wohl so, dass das Land Berlin regelmäßig 220 % der ihm zustehenden Mittel verausgabt. Dort werden Mittel verausgabt, die in westdeutschen Flächenländern nicht verausgabt werden. Das ist wohl nicht der Sinn und Zweck dieser Fördermittel.

Jetzt stellen Sie zu Recht die Frage: Woran hat es gelegen?

(Heiterkeit)

Die Frage stelle ich mir auch. Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder werden die Mittel nicht abgerufen, weil die Förderprogramme unattraktiv sind, also das Kosten-Nutzen-Verhältnis für diejenigen, für die diese Mittel gedacht sind, nicht stimmt, oder weil sie nicht in der Lage sind, die Mittel abzurufen. Das kann unterschiedliche Gründe haben: der bürokratische Aufwand bzw. die notwendige zeitliche Intensität, um daran zu partizipieren, ist zu groß; das Know-how fehlt schlicht und ergreifend; die dort geschaffenen Angebote treffen nicht auf den Bedarf, für die sie ursprünglich gedacht waren.

Eine vorstellbare Abhilfemöglichkeit sind Testläufe, also eine Verprobung für eine kürzere Phase, ob das tatsächlich den Bedarf trifft und ob diese Mittel auch abgerufen werden, um dann vielleicht noch Änderungen in den Aufrufen oder in den entsprechenden Richtlinien vornehmen zu können.

Letzten Endes muss man diesem Problem auf den Grund gehen. Die von mir jetzt aufgeworfenen Fragen kann ich Ihnen auch nicht im Detail erklären. Es kann aber keine zufriedenstellende Situation sein, Mittel zur Verfügung zu stellen, die nicht genutzt werden. Damit sollte man sich nicht zufriedengeben.

**Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum):** Herr Matzoll fragte, ob man aus der Taskforce zum Thema „erneuerbare Energien“ etwas für weitere Entbürokratisierungsprozesse auf anderen Ebenen lernen könne. Man muss sich erst einmal klarmachen, warum es so eine Taskforce gibt. Früher hieß es immer: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründe ich einen Arbeitskreis. – Das ist offenbar jetzt nicht der Fall, sondern es hat eine andere Bedeutung.

„Taskforce“ hört sich zunächst einmal so an wie: Da muss man jetzt dringend etwas machen. – Das ist gut, weil es mehr im öffentlichen Bewusstsein ist und weil mehr Druck dahinter ist. Das Entscheidende ist aber, dass über die Ressortgrenzen hinaus koordiniert gehandelt wird. Das Thema hatte wir schon. In der Regel werden all diese Beschleunigungs- und Entbürokratisierungsprozesse nicht gelingen, wenn sie nicht von vornherein ressortübergreifend geplant und durchdacht werden. Das ist extrem wichtig. Außerdem gibt es in der Umsetzung häufig zahlreiche Problemlagen, an die man vorher nicht denkt. Das ist eine gute Möglichkeit, das in dieser Gruppe zu bündeln und eine Zuständigkeit zu haben. Deswegen kann man das nicht überall machen, aber wenn man schnell ressortübergreifend ein Thema voranbringen kann, ist das hilfreich.

Andere Bundesländer haben das gemacht. Baden-Württemberg hat das zuerst gemacht. Im Bereich „erneuerbare Energien“ greifen viele drauf zurück. Das funktioniert aber auch für andere Planungs- und Genehmigungsprozesse. Dadurch bekommen sie eine operative Struktur, in der zumindest die Chance besteht, es etwas schneller zu machen. So viel in aller Kürze dazu.

Eine kurze Anmerkung zu Opel. Ich wurde nicht danach gefragt, aber ich habe noch ein paar Sekunden Zeit.

(Heiterkeit)

Das Opel-Werk in Bochum wird immer als ein gutes Beispiel für eine innovative Flächennutzung angeführt. Das stimmt auch. Man muss aber fairerweise sagen, dass die ganze Sache nur deshalb funktioniert hat, weil direkt, nachdem Opel weg war, klar war, dass sie 70 bis 90 Millionen Euro für die Sanierung der Fläche bekommen. Ich weiß nicht, aus welchen Töpfen die das bekommen haben – das hat Herr Eiskirch irgendwie hingekriegt –, aber sie haben es bekommen, und das war die Voraussetzung. Als Opel angesiedelt wurde, hatte Opel einen Vertrag, in dem stand: Wenn wir weggehen, räumen wir nichts auf. Wir sind raus. – Das hat jeder unterschrieben, weil jeder Opel in Bochum haben wollte. Es war auch scheißegal, was auf der Fläche war: Das musste alles von der öffentlichen Hand bezahlt werden. Es hat 70 bis 90 Millionen Euro gekostet, weil davor auch noch eine Bergbaunutzung vorlag.

Ich will nur sagen: Wenn man Flächen voranbringen will, wird es nicht anders gehen. Das ist einfach so. Mittlerweile ist es toll. Demnächst gibt es fast 12.000 Arbeitsplätze, und Opel hatte zuletzt 2.000. Das ist tatsächlich eines der innovativsten Beispiele.

**Dr. Matthias Mainz (IHK NRW):** Wir nähern uns um Viertel vor fünf des Pudels Kern, nämlich der zentralen Frage der Finanzierung. Damit nähern wir uns auch der ebenfalls zentralen Frage der bestehenden Zielkonflikte, wenn wir echte Aufbruchssignale, die wir alle mit unseren Spitzenverbänden von der letzten Bundesregierung eingefordert haben – ich glaube, Sie alle haben diese Erklärung gelesen –, auch erreichen wollen. Dazu sage ich gerne ein paar grundsätzliche Sachen.

Einen Satz zu Herrn Loose. Von der Kraftwerksstrategie erwarte ich nicht, dass sie die Investitionen übernimmt, sondern dass mit ihr ein Marktmodell aufgesetzt wird, mit dem dann Investoren gefunden werden können. Das heißt nicht, dass man zwingend in das Kraftwerk investiert, sondern dass man eine Perspektive schafft. Ich hoffe, das habe ich auch eben so gesagt; ansonsten habe ich mich hiermit korrigiert.

Das ändert aber nichts daran, dass meine anderen Wünsche – ich habe die Netzentgelte angeführt – natürlich auch in irgendeiner Art und Weise finanziert werden müssen und damit einen Zielkonflikt auslösen: Wo bzw. wofür gebe ich den Euro aus dem Bundeshaushalt aus? In der Wunsch-dir-was-Runde sind eben sehr verschiedene Dinge aufgemacht worden. Ich nenne noch Unternehmenssteuern, die lange nicht mehr angepackt wurden und schon lange nicht mehr auf einem wettbewerbsfähigen Niveau liegen.

Das führt uns zu der Frage der Zielkonflikte. Herr Kemna hat eben Henne und Ei angeführt. Wenn ich das mit meinen Kollegen diskutiere, dann sagen diese inzwischen, es handle sich nicht um ein Henne-Ei-Problem, sondern um ein Problem des Hühner-

stalls. Mit dem Hühnerstall meinen wir die Infrastruktur. Es geht also um die Frage, wie die Infrastruktur für den politisch angestoßenen und gesellschaftlich gewollten Wandel finanziert und aufgebaut werden kann. Damit bin ich wieder bei der Kraftwerksstrategie, aber auch bei Leitungen, Netzen, Wasserstoff und bei allem anderen drumherum. Der klassische Zielkonflikt, den wir dort aufbauen, zeigt sich darin, dass wir Industriestandort bleiben, wettbewerbsfähig sein und vollständige Lieferketten haben wollen, aber noch nicht genau wissen, wie wir diesen Wandel hinbekommen.

Wir sind an einem Punkt, an dem wir uns ehrlich machen müssen. Wie kriegen wir diesen Hühnerstall tatsächlich dahingestellt? Er besteht aus Leitungen, Netzen, Elektrolyseuren, Umspannwerken, Kuppelstellen, den Flächen dafür usw. Wenn wir ein Aufbruchssignal für die Wirtschaft bzw. für die Unternehmen haben wollen, dann erwarten sie belastbare Antworten auf diese Frage, die wir der nächsten Bundesregierung bzw. in den eben angeführten Ableitungen unserer Landesregierung stellen müssen, wenn diese Fragen abgeleitet auch wieder auf dem Landestableau auftauchen.

Wir haben die Diskussion zur Energie geführt. Als IHK fordern wir seit Langem gerade für den Ausbau der Erneuerbaren und der Infrastrukturen der Ersatzkapazitäten ein Monitoring. Das steht in der Energie- und Wärmestrategie und soll 2026 kommen. Darauf warte ich gespannt. Wir werden das natürlich einfordern und wissen wollen, wie das Monitoring genau funktioniert. Das muss jetzt aufgebaut werden. Man kann damit nicht 2026 anfangen. Das ist als Ableitung zu verstehen.

Meine Vorredner haben die Grundsteuer angeführt. Wenn ich eine Unternehmenssteuerreform einfordere, dann kann ich als IHKler heute hier nicht rausgehen, ohne die derzeitige Situation mit der Grundsteuer anzusprechen. Herr Hartmann hat das auch angeführt. Wir erleben gerade einen Flickenteppich an Hebesätzen und Messzahlen und haben kein Vergleichssystem für die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten mehr. Es gibt überschießende Preise, wie wir es befürchtet haben – die Presseartikel aus Herford oder aus Essen sind wahrscheinlich schon rumgegangen –, mit gestiegenen Belastungen von 300 bis 400 %. Ob das für den einzelnen Unternehmer zu viel oder zu wenig ist, muss im Einzelfall betrachtet werden. Das zeigt aber, dass mit dem System eher Unsicherheit geschaffen wurde. Damit sind wir in der Ableitung und bei dem Aufbruchssignal.

An anderer Stelle wird immer gesagt – das ist aber eher ein Thekenspruch –, Wirtschaft sei zu 50 bis 70 % Emotionen bzw. Stimmungen. Wir sind an dem Punkt angekommen – das war mein Eingangsstatement –, an dem wir vor so relevanten Strukturfragen stehen, dass es nicht mehr mit Stimmung geht, sondern dass wir für die Unternehmen in den Bereichen „Demografie“, „Energie“, „Arbeitskosten“, „Steuern“ und hier im Land auch „Fläche“ Signale setzen müssen, damit sie hier investieren können und möchten und das Gefühl bekommen, gewollt zu sein.

Herr Loose, das ist die Zielkonfliktfrage, die dann auch finanziert werden muss. Das muss letztlich auch in einem Haushalt abgeleitet werden können.

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir kommen jetzt auf die Zielgerade. Ich lasse noch eine letzte Fragerunde durchführen, bitte aber darum, dass wir uns alle sowohl

bei den Fragen als auch bei den Antworten kurzfassen, sodass wir nach Möglichkeit um 17:00 Uhr zum Ende kommen.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Dr. Mainz, Sie erwähnten, dass aus Sicht der IHK aufgrund der Verzögerungen beim Bund bei der Schaffung von notwendigen Ersatzkapazitäten ein Plan B zum Kohleausstieg 2030 notwendig sei. Warum hält die IHK einen solchen B-Plan für notwendig? Eine weitere spannende Frage lautet, wie er aussehen müsste.

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Ich richte meine Wünsch-dir-was-Frage aus der vorangegangenen Fragerunde an Dr. Hartmann.

**André Stinka (SPD):** Ich glänze wie immer durch Konkretheit.

(Heiterkeit)

Herr Dr. Mainz, Sie haben in Ihrer Stellungnahme das Thema „Kommunalfinanzen“ angesprochen und geschrieben, dass sich ein hoher Prozentsatz der Kommunen in der Haushaltssicherung befinde bzw. davon bedroht sei. Gleichzeitig sind die Kommunen auch große Investoren in Leistungen, die wir alle angesprochen haben. Sehen Sie einen Ausweg aus diesem Dilemma?

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Herr Kemna, das Thema „ehemaliges Opel-Gelände“ bzw. jetzt „MARK 51°7“ wurde einige Male angesprochen. Ein großes Erfolgsgeheimnis lautet, dass sehr viel Fördergeld hineingeflossen ist. Ein anderes zentrales Erfolgsgeheimnis ist die Nähe zur Ruhr-Universität, die sehr enge Zusammenarbeit der Stadt Bochum mit der Universität und die damit einhergehende große Innovationsfähigkeit sowie das dort entstandene Innovationszentrum. Viele der dort angesiedelten Unternehmen sind gerade deswegen dort, weil die Ruhr-Universität und damit die Nähe zu Forschung und Innovation vor Ort gegeben ist. Bochum ist natürlich in vielerlei Hinsicht ganz toll, auch wenn beim Fußball vielleicht noch ein bisschen Luft nach oben ist.

Wie lassen sich die Themen „Innovation“ und „Innovationen fördern“ über eine solche Fläche hinaus stärker in den Mittelpunkt bringen, um darüber und über unsere besonderen Leistungen im Hochschulbereich Innovationen und durch damit einhergehende Wirtschaftsförderung Wirtschaftswachstum hervorzurufen?

**Christian Loose (AfD):** Herr Dr. Mainz, ich habe Sie eben falsch verstanden: Sie wollen also nicht, dass die Kraftwerksinvestitionen vom Bund übernommen werden, sondern Sie möchten – wenn ich Sie richtig verstanden habe –, dass ein Marktumfeld geschaffen wird, durch das diese Backup-Kraftwerke gebaut werden können. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass es aktuell kein wirtschaftliches Marktumfeld gibt und sie deswegen nicht gebaut werden. Man müsste diese Investitionen also über direkte oder indirekte Subventionen steuern; das könnte auch über garantierte Abnahmeverträge mit auskömmlichen Strompreisen gemacht werden. Sie könnten aber natürlich auch die Betreiber von Windindustrieanlagen und PV-Anlagen, die nicht gesichert Strom

liefern, zur Kasse bitten, sodass sie selbst die Backup-Kosten tragen müssten, wie das auch andere Kraftwerksbetreiber machen müssen, wenn deren Kraftwerk ausfällt. Wäre das aus Ihrer Sicht eine denkbare Lösung?

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir kommen zu den Antworten in der sechsten Runde. Herr Dr. Mainz, Sie haben wieder das große Los gezogen und bis zu neun Minuten Zeit. Wir zwingen Sie aber nicht dazu, diese Zeit auch auszunutzen.

**Dr. Matthias Mainz (IHK NRW):** Vielen Dank für die neun Minuten. Ich glaube nicht, dass ich sie brauche, weil wir zu einigen Fragen schon ins Detail gegangen sind.

Die Frage nach dem Plan B – Sie haben es B-Plan genannt; es ist aber kein Bebauungsplan, sondern eine Alternativplanung – kann ich relativ kurz beantworten. Wir haben die Frage der Versorgungssicherheit diskutiert und kommen gleich auch noch einmal zur Finanzierung.

Wenn ein Unternehmer in Engpässe reinläuft und überlegt, was passiert, dann wird er immer eine Alternative planen. Nichts anderes erwarten wir auch von einer Landesregierung, nämlich dass sie sagt: Sobald es knapp wird, müssen wir uns orientieren und überlegen, wie es anders funktionieren kann. – Es ist eine Binsenweisheit, sich zu überlegen, wie Sicherungen vorgenommen bzw. Sicherungsplanungen aufgenommen werden können, wenn absehbar ist, dass etwas, das man sich vorgenommen hat wie beispielsweise den Aufbau von Versorgungskapazitäten, nicht funktioniert.

In welcher Form das geschehen soll, überlasse ich natürlich der Landesregierung. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten. Wir weisen nur immer wieder darauf hin, dass es einen gewissen Vorlauf gibt. Der Aufbau von Gaskraftwerken dauert fünf bis sieben Jahre je nachdem, wie weit die Standorte entwickelt sind. Diesen Vorlauf muss man kennen und sich diesem annehmen.

Wir monitoren auch die Windenergieanlagen. Herr Bogumil hat es angesprochen: Ich glaube, in diesem Jahr sind über 4 GW genehmigt worden. Das ist ungefähr ein Viertel dessen, was sich die Landesregierung vorgenommen hat. Das ist enorm. Wir wissen aber natürlich auch, dass wir die noch bauen und anschließen müssen. Das ist absehbar; das kann man verfolgen. Wir kennen auch einige Regionen, wo der Anschluss schwierig wird. Das ist nichts, wovon die Welt untergeht. Vielmehr muss man sich überlegen, was passiert, wenn wir das nicht hinbekommen, und sagen, was uns der Spaß kostet. Das hat Herr Loose angesprochen.

Wir erwarten von dem Plan B, dass in ihm genau diese letzte Schlussfolgerung – was kostet uns der Spaß? – gezogen wird, damit unsere Unternehmen dann auch wissen, mit welchen Preisen sie langfristig rechnen können. Wir haben die Diskussion eben schon geführt. Unsere Unternehmen gucken sehr genau darauf, wie ihre derzeitigen langfristigen Preiserwartungen sind. Wir erleben auch, dass Unternehmen diese Kapazität hier vielleicht noch nicht abbauen, sie aber definitiv woanders aufbauen. Das ist letztlich der Sinn und Zweck, warum wir uns trotzdem mit Prognosen beschäftigen müssen: um zu sehen, wie man planen und in Zukunft rentabel bleiben kann. Das muss jeder Unternehmer tun, und das erwarten wir dann auch von einem solchen Plan B.

Das beantwortet bis zu einem gewissen Punkt auch die Frage von Herrn Loose zum Marktumfeld und der Art, wie sich Reservekapazitäten finanzieren lassen. Sie haben schon angedeutet, dass es letztlich ein Marktmodell braucht. Man muss überlegen, wie es geht. Irgendjemand muss für solche Kraftwerke, die nur wenige Tage oder wenige Stunden im Jahr laufen – sie werden nicht rentabel finanziert werden können –, in irgendeiner Art und Weise die Kosten übernehmen. Ich habe das mit dem Bild von der Henne, dem Ei und dem Hühnerstall ausgedrückt: Wenn es Infrastrukturen sind, die das Land braucht bzw. die der Staat haben möchte, dann muss überlegt werden, wie das über Steuern, Zuschüsse, andere Beiträge finanziert werden kann. Ein solches Modell auszuführen, überlasse ich dem Gesetzgeber. Das kann ich nicht. Wir als Organisation arbeiten derzeit an einer Studie, um zu überlegen, wie unsere Vorschläge aussehen könnten. Dem greife ich aber an dieser Stelle nicht vor.

Herr Stinka fragte nach der Kommunalfinanzierung. Ich bin kein Experte – das gebe ich offen zu –, was die Frage betrifft, wie Kommunen durchfinanziert werden können. Als Unternehmer schauen wir uns das Ergebnis an, das auf uns zukommt. Ich habe eben mit zwei Sätzen die Grundsteuer angesprochen. Wir erleben das auch bei der Gewerbesteuer. Für das vergangene Jahr – das können wir uns angucken – hat der Bund der Steuerzahler Ende Januar eine Umfrage vorgestellt. Ich glaube, dass 90 Kommunen bis Jahresende differenzierte Hebesätze eingeführt hatten. Aus unserer Umfrage vom Jahresende wissen wir, dass ungefähr 85 % der Kommunen die Anhebung der Grundsteuerhebesätze vorgenommen haben. Es kommt natürlich nicht nur auf den Hebesatz, sondern auch auf die Messzahlen an; wir wissen, dass das Ergebnis der Grundsteuerbelastung ein Zusammenspiel von beidem ist. Das kommt aber letztlich bei unseren Unternehmen an. Die sitzen nicht nur in Nordrhein-Westfalen und gucken daher auch nach Rheinland-Pfalz, nach Niedersachsen oder aber auch in das internationale Ausland und sehen, dass die Belastungen dort deutlich anders sind. Das ist der Ausgangspunkt.

Damit bin ich bei der Wettbewerbsfähigkeit bzw. bei dem Wettbewerbskompass, den unsere Unternehmen machen und fragen: Was bekomme ich dafür? Entspricht das noch dem Leistungsportfolio, oder müssen wir eventuell nachsteuern? – Wir erleben außerdem, dass die Kommunen darauf angewiesen sind, ihre Haushalte über Hebesätze oder Abgaben und Ähnliches aufzufüllen. Das kann es aber nicht sein. Wenn wir uns diesen Wettlauf weiterhin leisten, dann verspielen wir mittel- und langfristig unsere Wettbewerbsfähigkeit. Unsere Bitte bzw. Aufforderung lautet, diese Spirale kurzfristig zu durchbrechen. Ansonsten wird der Haushaltsausgleich immer über Hebesätze und weitere Belastungen erfolgen und unsere Wettbewerbsposition geschmälert.

Wir haben hierzu ein Positionspapier verfasst – darauf verweise ich in der schriftlichen Stellungnahme –, das unter anderem in der Bitte mündet, hinsichtlich der Unternehmensbesteuerung bei der Kommunalfinanzierung grundlegend zu überlegen, ob man nicht andere Wege gehen kann. Es gibt im Ausland andere Wege mit einer einheitlichen Kommunalfinanzierung bzw. mit einer einheitlichen Unternehmensbesteuerung, die eingeführt werden könnten, um das System zu vereinfachen und auf breitere Füße zu stellen. Ich erwähne diese beiden Punkte, ohne ein komplettes Modell im Kopf zu haben, wie Kommunen durchzufinanzieren sind.

**Dr. Florian Hartmann (Westdeutscher Handwerkskammertag):** Herr Abgeordneter Dr. Untrieser fragte nach den Erwartungen des Handwerks für die Wirtschaftspolitik im Jahr 2025. Sie bemessen sich an den Herausforderungen, vor denen das Handwerk 2025 steht. Diese Herausforderungen können wir anhand unserer aktuellen Konjunkturumfrage erkennen.

Wo hängt es derzeit? Es geht um eine zu geringe Neubautätigkeit, um ein verhaltenes Konsumklima und um die rückläufige Industrieproduktion. Unsere Erwartung ist, dass in NRW, aber natürlich auch im Bund die Rahmenbedingungen für eine Ankurbelung der Neubautätigkeit, für ein optimistisches Konsumklima, für steigende Industrieproduktion gesetzt werden.

Das heißt – und hier liegt wohl auch der Haupteinfluss von Nordrhein-Westfalen –: bauen muss wieder günstiger werden. Die Grundsteuer und die Grunderwerbsteuer wurden schon erwähnt. Ein weiterer Faktor ist das Bauland – Stichwort „Landesentwicklungsplanung“ –, dass die Kommunen Bauland ausweisen und dass es nicht zu einem Gegeneinander von Wohnen und Gewerbe kommt.

Außerdem lautet unsere Erwartung – wir sind das größte Bundesland; alle Fraktionen in NRW haben eine starke Stimme in Berlin –, dass Nordrhein-Westfalen dafür eintritt, dass Arbeit wieder günstiger wird. Das ist insbesondere im lohnintensiven Handwerk wichtig. Wie gelingt das? Die Sozialkassen müssen von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden. Weiterhin ist oft angeklungen, dass Energie günstiger werden muss, und zwar nicht durch Brückenstrompreise, sondern für alle. Das gelingt, indem das Angebot erweitert wird.

Ich habe mit dem Thema „Bauen“ begonnen und ende auch damit, weil über 50 % der Umsätze im Handwerk auf das Bauen zurückgehen. Bauen wird auch dadurch günstiger, dass Standards gesenkt werden. Das ist im Bund durch den Gebäudetyp E gut gemeint gewesen, aber leider nicht richtig umgesetzt worden. Die Bitte an die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen lautet, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass wir endlich von den überzogenen Standards herunterkommen und so bauen, wie es zum Beispiel in unseren Nachbarländern getan wird. Wir alle können wohl sagen, dass es in den Niederlanden auch schön ist. So schaffen wir es, Neubautätigkeit anzukurbeln.

**Jörg Kemna (Business Metropole Ruhr):** Herr Matzoll fragte nach den Erfolgsfaktoren und damit im Kern danach, woher Wirtschaftswachstum kommt; es geht also um die Innovationsfrage. Herr Felsch hat es vorhin schon ausgeführt: Wir können als Industriestandort Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen, indem unsere Produkte besser sind als die der Konkurrenz. Das hat sehr viel mit der von Ihnen angesprochenen Innovation zu tun, und das hat natürlich dementsprechend auch mit Forschung und Entwicklung zu tun. Das ist ein wesentlicher Faktor.

Sie rekurrierten auf Mark 51<sup>o7</sup> und darauf, dass vieles, was sich dort an wirtschaftlicher Entwicklung eingestellt hat, seinen Ursprung in universitärer Forschung und universitärem Engagement hat. Das ist so. Einige von Ihnen werden es wissen – ich werde aber auch nicht müde, es zu betonen –, dass sich damit ein Hightech-Cluster im Bereich der IT-Security in Bochum etabliert hat. Dementsprechend hat sich auch Volkswagen

Infotainment, also ein Konzern, den man nicht unbedingt in dieser Region vermuten würde, dazu entschlossen, seine Digitalisierungseinheit mit 1.200 Personen auf Mark 51°7 anzusiedeln und sie nicht in Wolfsburg aufzuziehen.

Das hat etwas mit Wissens- und Technologietransfer, mit Innovationstransfer aus Hochschulen in die angewandte Wirtschaft zu tun. Das hat auch etwas mit Start-up-Förderung zu tun. Es betrifft mehr oder weniger die gesamte Klaviatur. Es geht um das tägliche Brot eines Wirtschaftsförderers: Wie optimiert man diese Prozesse? Die Frage ist im Kern nicht so einfach zu beantworten, weil wir in Deutschland nicht sonderlich gut darin sind, die universitäre Forschung in die Incentivierung und damit in die wirtschaftliche Anwendung zu bringen. Gerade im angloamerikanischen Raum gibt es andere Anreizsysteme.

Die Forschenden hier sind primär dazu angehalten, zu publizieren und Renommee über Beiträge in entsprechenden Journals zu erlangen, anstatt dadurch zu glänzen, den Entrepreneurial Spirit ihrer Studierenden besonders zu unterstützen. Daher ist es im Alltag sehr persönlichkeitsabhängig, ob der Lehrstuhlinhaber dafür ein Faible hat oder nicht. Dabei hilft nur, sehr intensiv mit den entsprechenden Personen und Lehrstuhlinhabern in Kontakt zu treten und das zu unterstützen, sie mit den entsprechenden Unternehmen zu verbinden, die davon profitieren können, und das über eine Art Clusterbildung zu befeuern und dann auch in die entsprechenden Wertschöpfungsketten zu überführen.

**Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes:** Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Anhörung angekommen. Ich glaube, wir haben die vergangenen zwei Stunden sehr gut genutzt.

Ich danke den Sachverständigen ganz herzlich für ihre Ausführungen und dafür, dass sie uns heute zur Verfügung gestanden haben. Ich glaube, die Stimmung hier war besser, als die Lage draußen ist, und da auch die Psychologie in der Wirtschaft ein Stück weit wichtig ist, würde es mich freuen, wenn wir davon einiges mit hinausnehmen könnten. Vor allen Dingen würde es mich freuen, wenn die Punkte und Anregungen, die Sie uns heute mitgegeben haben, auch in aktives politisches Handeln umgesetzt werden.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie findet am 12. Februar statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Dietmar Brockes  
stellv. Vorsitzender

**Anlage**

11.02.2025/12.02.2025

**Anhörung von Sachverständigen**  
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

**Die schwarz-grüne Halbzeitbilanz ist vor allem eine wirtschaftspolitische  
Schadensbilanz - Wirtschafts- und Strukturkrise in Nordrhein-Westfalen -  
Jetzt NRW-Agenda für Wachstum und Fortschritt beschließen**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/11598

am Mittwoch, dem 5. Februar 2025  
15.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

## Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellung- nahme
Dr. Florian Hartmann Westdeutscher Handwerkskammertag Düsseldorf	<b>Dr. Florian Hartmann</b>	<b>18/2326</b>
Alexander Felsch Unternehmer NRW Düsseldorf	<b>Alexander Felsch</b>	<b>18/2331</b>
Dr. Matthias Mainz Die Landesarbeitsgemeinschaft der In- dustrie- und Handelskammern in Nord- rhein-Westfalen (IHK NRW) Düsseldorf	<b>Dr. Matthias Mainz</b>	<b>18/2336</b>
Jörg Harald Kemna Business Metropole Ruhr GmbH Essen	<b>Jörg Harald Kemna</b>	<b>18/2333</b>
Prof. Dr. Jörg Bogumil Ruhr-Universität Bochum Bochum	<b>Prof. Dr. Jörg Bogumil</b>	<b>18/2334</b>